

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagshaus
Rieser Verlag
General No. 22
Postfach No. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Görschenheim, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißner bezirksbereichs bestimmte Blatt.

Postkammer
Postfach 1530.
Stroßstraße
Riesa Nr. 22.

Nr. 286.

Mittwoch, 9. Dezember 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Umtrags von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 25 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Stellen) 25 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Reflammezeile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauben und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterwerfungsbefreiung "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die neue Notverordnung.

Einsetzung eines Preissenkungskommissars. — Beamtengehälter um 9 Prozent gesenkt. — Tariflöhne um 10—15 Prozent. — Mietsenkung um 10 Prozent. — Erhebliche zwangsweise Zinssenkung. — Uniformverbot von Reich wegen. — Wahrung des Weihnachtfriedens.

Die amtliche Verlautbarung zur Notverordnung vom 8. Dezember.

Der Reichspräsident, 8. Dezember. In der Einleitung zur amtlichen Verlautbarung zur Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wird zunächst auf die weitere Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Lage Deutschlands in der zweiten Hälfte d. J. infolge der langandauernden Weltwirtschaftskrise, das Absinken der englischen Währung und anderer Währungen, deren Auswirkung auf die deutsche Ausfuhr, die politischen Maßnahmen gegen die deutsche Einfuhr und den anhaltenden Abzug fremder kurzfristiger Gelder aus Deutschland hingewiesen.

Alle diese ungünstigen Umstände, so heißt es dann weiter, haben einen starken Rückgang im deutschen Geschäftsleben verursacht, der die Erzeugung, die Umsätze und den Verkehr immer weiter hat einschrumpfen lassen. Infolgedessen können nur sehr tiefe Eingriffe in die Wirtschaft, wenn das klar erkannte und unverrückbar feststehende Ziel erreicht werden soll, nämlich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erneut zu stärken und die große Arbeitslosigkeit zu mindern.

Als Ausgangspunkt jeder gesunden Gesamtwirtschaft wird weiter auf die Erhaltung oder die Schaffung des Ausgleiches der öffentlichen Haushalte hingewiesen und betont, daß die Entlastung der öffentlichen Haushalte ein für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung.

Reichspräsident und Reichsregierung, so wird ausgeführt, lehnen in voller Ueberzeugung mit der Reichsbank ab, durch geldpolitische Experimente die Sicherheit der deutschen Währung zu gefährden.

Als weiteres Ziel der Notverordnung wird die Entlastung der Gesamtproduktion, des Umsatzes und der Lebenshaltung des deutschen Volkes in jeder nur möglichen Weise bezeichnet, dabei sei aber an einer weiteren Senkung von Löhnen und Gehältern nicht vorbeizugehen. Diese Senkung von Löhnen und Gehältern ohne Sicherstellung gleichzeitiger und entsprechender Senkung der Preise sei aber untragbar, da sonst eine verhängnisvolle Schrumpfung der Kaufkraft die Folge wäre.

Darüber wird u. a. gesagt: In klarer Erkenntnis dieses Sachverhaltes bringt daher die neue Notverordnung umfassende und einschneidende Vorschriften zur Senkung der Preise jeglicher Art. Die gebundenen Preise werden gesenkt, ein Schutz der Bevölkerung gegen Ueberveruerung von Preisen für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs ist eingeleitet. Die öffentlichen Tarife, insbesondere im weitesten Ausmaß die Gütertarife der Reichsbahn, werden ermäßigt, und vor allem ist bei der großen Bedeutung des Mietzinses für den Einzelhaushalt auch eine beträchtliche Senkung der Mieten vorgesehen. Um letzteres Ziel zu erreichen, waren aber ferner einschneidende Maßnahmen auf dem Gebiet der allgemeinen Zinssenkung erforderlich. Die Reichsregierung sieht nach gründlicher Prüfung und Anhörung erster Sachverständiger keine Möglichkeit, an dem Zinsproblem vorbeizugehen, wenn das allgemeine Ziel der gesamten Preisermäßigung erreicht werden soll. Erst, nachdem durch Maßnahmen solcher Art ein wesentliches Abgleiten sämtlicher Preise abgewehrt war, hat sich die Reichsregierung zu dem ersten Eingriff in Löhne und Gehälter entschlossen. Die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen selbst selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Gerade um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tiefgehaltenen Stande aller Preise antrethaltbar bleiben kann.

Kapitel I.

Preis- und Zinssenkung.

Der amtliche Kommentar zur Notverordnung führt in dem Kapitel über Preis- und Zinssenkung u. a. aus: Die Preise und Kosten müssen an die veränderte Wirtschaftslage angepasst werden. Die Notverordnung unterscheidet hierbei zwischen gebundenen Preisen und solchen, die sich im freien Markt bilden. Entsprechend den Vorschlägen des Wirtschaftsrates ist davon abgesehen worden, allgemein Preisbindungen anzusetzen und Tarife und Konditionen grundsätzlich zu senken. Das Ziel der Bestimmungen ist vielmehr eine Auflockerung dieser Verbände, auf deren bedeutende Rolle in der Wirtschaft der Kommentar noch einmal ausdrücklich hinweist. Alle Preise, die durch Tarife, Festpreise und ähnliche Abmachungen, sowie durch Verpflichtungserweise und Lieferungsverbindungen gebunden

sind, müssen bis zum 1. Januar 1932 um mindestens 10 v. H. gegenüber dem Stande vom 1. Juli 1931 gesenkt werden. Der Kommentar stellt fest, daß man auf eine Nachprüfung der bestehenden Preishöhe angefaßt die Preisgestaltung verdrängen mußte, bezeichnet aber die geforderte Preisherabsetzung von 10 Prozent im Hinblick auf die durch die Notverordnung herbeigeführte Minderung der Selbstkosten als durchaus tragbar. Preisbindungen, die nicht in dem vorgeschriebenen Ausmaß herabgesetzt worden sind, werden mit dem 1. Januar 1932 nichtig. Die Senkung der Preise für nichtgebundene Warenwaren muß ebenfalls bis zum 1. Januar durch Zusammenwirken von Hersteller und Handel gemeinsam gleichfalls um mindestens 10 Prozent gesenkt werden. Preisermäßigungen und die Einführung neuer Preisbindungen sind in der Zeit bis zum 1. Juli 1932 genehmigungspflichtig. Versuche, die angeführten Vorschriften zu umgehen und Umwidmungen werden unter Strafe gestellt. Ausgenommen von den Bestimmungen sind Preise im inländischen Geschäftsverkehr, die durch einen internationalen Kartellvertrag gebunden sind. Solche Kartellverträge sind dem Preiswirtschaftsminister bis zum 1. Januar vorzulegen.

Weiter räumt die Verordnung dem zuständigen Reichsminister, falls er es für notwendig hält, das Recht ein, im Einzelfall eine über 10 Prozent hinausgehende Senkung der Preise zu verlangen.

Den Zwangsabkufen der Kohlen- und Kaliwirtschaft wird aufgegeben, ebenfalls mit Wirkung vom 1. Januar ihre Preise um 10 Prozent zu senken. Für die Preisbindungen des Kohlen- und Kalihandels ist eine besondere Regelung vorbehalten, die der Reichskommissar für Preisüberwachung erlassen wird.

Der Kommentar wendet sich nunmehr der Preisbeeinträchtigung der lebenswichtigen Waren und wirtschaftlichen Leistungen an dem freien Markt zu und verweist auf die Aufgabe der Einsetzung eines Reichskommissars für Preisüberwachung mit außerordentlichen Vollmachten. Der Preis-Kommissar werde seine besondere Aufmerksamkeit der Beseitigung überhöhter Preisspannen widmen. Ausdrücklich wird betont, daß das sachliche Arbeitsbereich des Reichskommissars als praktisch unbegrenzt zu gelten hat. Seine Vollmachten erstrecken sich auch auf eine angemessene Senkung der Werttarife der Kommunen, sowie der Tarife für handwerkliche Leistungen. Er hat das Recht, Betriebe zu schließen, die sich seinen Anordnungen nicht fügen oder sonst die erforderliche Inerlichkeit nicht bestanden.

In diesem Zusammenhang wird betont, daß die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte nach ausdrücklicher Festsetzung des Wirtschaftsrates einheitlich gehalten werden. Hier wird es als Aufgabe des Reichskommissars bezeichnet, eine Berringerung der in vielen Gebieten noch besonders hohen Preisspannen zu erreichen. Um der Gefahr vorzubeugen, daß die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte durch die Einfuhr aus Erzeugerländern mit abfallender Währung gefährdet werden, beauftragt die Reichsregierung, insbesondere im Interesse der bäuerlichen Vorkaufsmittelwirtschaft, die Gegenmaßnahmen zu treffen, die sich aus dem Vorgehen anderer Länder auf dem Gebiete der Währung und der Devisenbewirtschaftung ergeben.

Der Kommentar verweist dann auf die in den letzten Jahren eingetretene Steigerung des Zinsfußes und führt fort, daß von der Reichsregierung verfolgte Ziel einer allgemeinen wirtschaftlichen Gesundung keine nicht erreicht werden, ohne daß gleichzeitig mit den anderen Maßnahmen eine merkliche Senkung des Zinsfußes herbeigeführt wird. Sie werde wesentlich dazu beitragen, die Geldkosten der deutschen Wirtschaft zu mindern und die Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande zu stärken. Gleichzeitig solle sie aber auch bewirken, daß die zugrundeliegenden Kapitalforderungen sichergestellt werden als höher, womit auch dem Gläubiger ein wichtiger Dienst geleistet werde. Die Notverordnung sieht daher vor, daß die Zinsen für alle langfristigen Forderungen um rund 1/2, jedoch nicht unter 6 Prozent gesenkt werden; bei überhöhten, über 12 Prozent hinausgehenden Zinsen ist eine noch stärkere Herabsetzung vorgesehen. Betont wird, daß die Herabsetzung der Zinsen auch für die Zukunft wirksam bleibt, bis die Gesundung der Wirtschaft von sich aus ein geregeltes Funktionieren des Geld- und Kapitalmarktes gewährleistet. Deswegen ist die Zinsherabsetzung mit einer gewissen Erhöhung der Abkündigungstermine verbunden.

Der Hauptwert hat die Reichsregierung auf eine Senkung der Kohlenfrachten in Höhe von 85 Millionen gelegt. Hierbei werden besondere Maßnahmen zum Wettbewerb ausbleiben für Schiffe, Säcken und Bagern getroffen. Weitere Entlastung erhofft man aus der Senkung der Anschlussgebühren, der Verbilligung der Postgebühren durch Auf-

wendung von etwa 70 Millionen und die Organisierung des Sammelgüterverkehrs.

Kapitel II.

Wohnungswirtschaft.

Das zweite Kapitel, welches sich mit der Wohnungswirtschaft beschäftigt, stellt fest, daß die Verordnung auf dem Gebiete des Wohnungswesens die endgültige Regelung der Hauszinssteuer bringt. Nach einem Ueberblick über die Geschichte dieser Steuer, die heute nach den Bestimmungen von 1926 erhoben wird, ist die Lage des Hausbesitzers im Zusammenhang mit dem Aufkommen der Hauszinssteuer Gegenstand der Darstellung, welche zum Schluß kommt, daß diese Verhältnisse eine Klarstellung des künftigen Schicksals der Hauszinssteuer zur Notwendigkeit machen. Zahlreiche Gründe, wie die zunehmende Entfernung von der Inflationszeit und die seitlich zahlreich erfolgten Eigentumsübertragungen, die der Besteuerung des eigentlichen Inflationsgewinners entgegenstehen, lassen einen baldigen Fortfall der Steuer geboten erscheinen, was wiederum auf der anderen Seite durch die finanzielle Lage von Ländern und Gemeinden unmöglich ist. Aus diesen Gesichtspunkten heraus soll die Hauszinssteuer noch eine Reihe von Jahren gezahlt werden; ihr schrittweiser Abbau ist aber vorgesehen, und mit dem Schluß des Rechnungsjahres 1933 wird sie ganz aufhören. In den Rechnungsjahren 1932 bis 1934 soll sie noch in voller Höhe erhoben werden, das heißt nach Abzug der Ermäßigung um 20 vom Hundert, die nach Ausgabe der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 eintritt. Vom 1. April 1935 ab wird ein Abschlag von 25 Prozent gewährt, der 2 Jahre gilt. Vom 1. April 1937 ab wird für drei Jahre noch je die Hälfte der Steuer erhoben, die mit dem 1. April 1940 völlig in Fortfall kommt.

Die Möglichkeit einer Ablösung durch Zahlung des dreieinhalbfachen Jahreslohnbeitrages in der Zeit vom 1. April 1932 bis 31. März 1934 ist gegeben, wer bis zum 31. März 1932 abläßt, braucht nur das dreifache zu zahlen. Die aus der Ablösung aufkommenden Beträge dienen zur Ablösung der Schulden der Länder und Gemeinden, soweit sie nicht zur Auffüllung des laufenden Aufkommens in den Rechnungsjahren 1932 bis 1934 oder zur gemeindlichen Umschuldung verwendet werden.

Die Notverordnung sieht ferner eine Mietzinsenkung sowohl der Wohnungen als der gewerblichen Räume vor. Die Grundlage dafür ist geschaffen durch die Herabsetzung des Zinsfußes in Verbindung mit der Neuregelung der Hauszinssteuer. Am einfachsten ist sie durchzuführen bei den Räumen, die den Vorschriften des Reichsmietengesetzes unterliegen, wo sie auch in der Verordnung zahlenmäßig vorgeschrieben wird.

Das gleiche gilt für Räume, die zwar den Vorschriften des Reichsmietengesetzes nicht mehr unterliegen, jedoch bereits vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind. Eine Senkung um 10 Prozent der Mietzinsmiete bedeutet eine erhebliche Entlastung des Einzelhaushalts. Für den Vermieter ist sie durch die Vorschriften über die Zinssenkung tragbar. Bei den Neubauwohnungen, bei denen der Mietzins nicht gesetzlich festgelegt ist, kann nur so vorgegangen werden, daß die tatsächliche Entlastung, die der Vermieter im Einzelfall durch die Zinsherabsetzung erfährt, von der Miete in Abzug gebracht wird. Auch hier wird zweifellos in der überwiegenden Zahl der Fälle die Mietzinsenkung recht erheblichen Ausmaß haben.

In den Ausführungsbestimmungen wird dem Vermieter die Verpflichtung auferlegt werden, dem Mieter unverzüglich die neue Mietberechnung mitzuteilen. Wo im Laufe des letzten Jahres der Mietzins bereits herabgesetzt worden ist, soll diese Herabsetzung bei der angeordneten Mietzinsenkung angerechnet werden. Daneben gibt die Verordnung dem Mieter ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Mißbau oder Neubau handelt, um Wohnungen oder Geschäftsräume, das einmalige außerordentliche Recht, einen vor dem 15. Juli 1931 geschlossenen, über den 31. März 1932 hinauslaufenden Mietvertrag vorzeitig zu dem letztgenannten Termin zur Auflösung zu bringen.

Die Mietzinsenkung

wird sich nach Auffassung der zuständigen Stellen bei Mietwohnungen reibungslos bereits vom 1. Januar ab durchführen lassen. Die Ermäßigung erstreckt sich aber nur auf den Mietzeitraum, der am 1. Januar beginnt; kommt also bei Postnumerandozahlungen erst am 1. Februar in Frage. Bei Neubauwohnungen wird sich das Verfahren etwas länger hingezien als bei alten Wohnungen; es soll aber dafür gesorgt werden, daß auch in diesen Fällen Mieter und Vermieter die Entlastung sobald wie möglich erfahren. Wo die Entlastung der Neubauwohnungen in das außerordentliche Abkündigungsrecht terminmäßig bis zum 5. Januar nicht

ine Reife
des an
Dampfer
spagen aus
tiet. Der
t und er
drei Röhre
erwärmen,
ke in voll
anfenhaus
und mup
werden.
Dampfer
ladung auf
er Untiefe

BRIBBURG
Wahn der
Können,
auf
raube ver
ng ausde

nen.
Jugend
ken mit
haben im
gestellten
Alter bis
Berufsa
gestellten,
geist, am
Wettbewerb

land an
Lehrerber
auch zu
nen. Eine
nahm an

Steno
ffverlebr,
und Ver
nographie
für die
und Beruf
st (s. S.
innen bis
wohl kein
hören aus
als 10 000
Preisrich

rangestell
0 Prozent
nen. Als
den dem
im Alter
che in Ge
re sehr
auch zu
nen. Eine
nahm an

recht aute
se die
föschung
e konnten
e Anzahl
freizahlen,
im. Von
beruht
gegeben
den
leistungen
erweitert
gen, was
und Mäden
rändlicher
mung zu

8. 13. 31

+ 76
+ 42
+ 25
+ 26
+ 22
+ 27
+ 27
+ 100
- 79
- 28

Warmen
den letzten
bedenklich
Markt ge
igentheil
rüber zu
er sofort
das spar
darstellen
angebracht,
des zu
als kostet
-0,4 Kpl.
kostenlos
n, hierzu
Gaswert
abwertet,
änderungen

mehr möglich ist, weil die genauen Feststellungen bis dahin noch nicht getroffen sind, besteht in die Möglichkeit, von diesem Kündigungrecht vorzeitig Gebrauch zu machen. Überdies wird durch die Kündigung der Vertrag vollstommen aufgelöst, so daß auch andere Fragen als die der Mietshöhe der neuen freien Vereinbarung vorbehalten bleiben. Die zuständigen Stellen erwarten von diesem Kündigungsrecht nicht, daß nun ein großer Wohnungswandel eintritt, vielmehr liegt es im Interesse von Vermietern und Mietern, den Kündigungsparagrafen als Entlastung für neue freie Vereinbarungen zu betrachten. Die Einzelheiten hierzu werden durch die Durchführungsbestimmungen geregelt, die bereits am morgigen Donnerstag mit den Vertretern der deutschen Länder beraten werden.

Kapitel III. Maßnahmen

auf dem Gebiete der Zwangsversteigerung.

Im Kapitel III, Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsversteigerung, wird zunächst auf die ungünstige Lage des Grundbesitzes und auf das Ansteigen der Zwangsversteigerungen hingewiesen. Es heißt dann: Der Verkauf darf regelmäßig nicht unter Lebenszeit des Grundbesitzes erteilt werden; der Schuldner, der seine Verpflichtungen infolge der Wirtschaftskrise nicht hat erfüllen können, kann die einstweilige Einstellung der Grundstücksversteigerung höchstens auf 6 Monate erwirken. Um Härten, die sich im Einzelfalle für die Gläubiger ergeben können, steht die Notverordnung vor, daß das Gericht bei seiner Entscheidung die Interessen des Schuldners und des Gläubigers gegeneinander abzuwägen hat.

Für landwirtschaftliche Grundstücke ist besondere Vorsorge getroffen. In Uebereinstimmung mit dem Wirtschaftsbeirat und mit der Regierung muß die Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe mit allen verfügbaren Mitteln sichergestellt werden, deswegen ist vorgesehen, daß bei landw. Grundstücken auf Antrag des Schuldners gegenüber dem betreibenden Gläubiger die vorläufige Einstellung der Zwangsversteigerung bis nach der Ernte dann zulässig sein soll, wenn die ordnungsmäßige Fortführung des Betriebes und die Einbringung der Ernten bei einer Betriebsführung durch den Schuldner gewährleistet, aber bei Fortführung des Zwangsversteigerungsverfahrens gefährdet sein würde. Weiter spricht die Verordnung davon, daß das Zwangsversteigerungsverfahren einfacher und billiger ausgestaltet wird als bisher.

Kapitel IV.

Sonstige wirtschaftliche Maßnahmen.

In Kapitel IV, sonstige wirtschaftliche Maßnahmen, heißt es nach einer Schilderung der Zentralisierungsbestrebungen in der deutschen Wirtschaft, daß ein Teil der Wirtschaft dazu neigt, sich in gewissem Umfange wieder zu dezentralisieren. Diesem Bestreben kommt die Verordnung entgegen, indem sie die Anteile großer Gesellschaften steuerlich erleichtert. Die Erleichterungen liegen auf dem Gebiete der Gesellschaftsteuer, Grunderwerbsteuer, Erbschaftsteuer und Gewerbesteuer. Die Vereinfachung ist auf die Aufstellung von Aktiengesellschaften beschränkt.

Außer der Aufstellung, so heißt es weiter, will die Verordnung auch die völlige Auflösung der Gesellschaften erleichtern. Diese Vereinfachung soll auf sämtliche Kapitalgesellschaften angewendet werden.

Auf dem Gebiete der Einheitsbewertung und Vermögenssteuerveranlagung steht die Verordnung eine Ermächtigung an den Reichsminister der Finanzen vor, wonach durch Rechtsverordnung mit steuerlicher Wirkung vom 1. April 1932 an auf dem Gebiete der Einheitsbewertung und der Vermögenssteuer Maßnahmen getroffen werden können, die den seit dem 1. Januar 1931 eingetretenen Veränderungen Rechnung tragen.

Die Mineralwassersteuer wird vorübergehend außer Kraft gesetzt.

Die Wirtschaft soll für einen gewissen Zeitraum zum Zwang einer Bilanzierung nach der gegenwärtig geltenden Bewertungsvorschriften befreit werden.

Kapitel V.

Soziale Versicherung und Fürsorge.

Der sich mit der Sozialversicherung und der Fürsorge befassende Teil des Berichtes legt dar, daß die Verordnung einen Weg sieht, der die Rentenversicherung zwischen Altpen und Antipen ohne Gefahr für den Bestand hindurchführt. Die Verordnung läßt die Renten in ihrer Höhe und im Rentenanspruch unberührt, hält es aber für notwendig, daß zum Beispiel die Rentenrückstellungen nicht mehr über das 15. Lebensjahr hinaus gezahlt werden, daß der doppelte und dreifache Bezug von Renten wegfällt, oder wenigstens eingeschränkt wird, daß die Hinterbliebenenrenten in ihrem Gesamtbetrag nicht die Hauptrente übersteigen und daß die Versorgung von Witwen von Männern, die am 1. Januar 1912 schon invalide oder tot waren, von der Versicherung wieder auf die Fürsorge übergeht. In der Unfallversicherung sollen die kleinen Verletztenrenten wegfallen. Die Verordnung bestrebt ferner den vom Reichsarbeitsministerium vermittelten Frieden zwischen Ärzten und Krankenkassen, läßt die Jungärzte nach und nach zur Kassenpraxis zu, schreibt aber eine gegen 1930 verkleinerte und mit den Ähnen gleichende Kopypauschale vor.

Die Leistungen für die Krankenkassen und Erlassungen werden, wenigstens schrittweise, auf die Regelleistungen beschränkt. In der Fürsorge bleibt die sogen. gehobene Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner grundsätzlich anstandslos erhalten, beim Ausmaß der Unterstützung hat jedoch die Eigenart des Falles berücksichtigt zu werden.

Kapitel VI.

Arbeitsrechtliche Vorschriften.

An die Spitze des Kapitels über die arbeitsrechtlichen Vorschriften wird vom Kommentar der Grundlag gestellt, daß die Verordnung an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes nichts ändert. Dagegen soll das Tarifvertragssystem allmählich in Uebereinstimmung mit den unterschiedlichen Verhältnissen der einzelnen Gebiete und Wirtschaftszweige umgebaut werden. Voraussetzung dazu ist, Schaffung einer der Lage der Gesamtwirtschaft entsprechenden Grundlage für Löhne und Gehälter.

Der Kommentar sagt, die Reichsregierung ist der Auffassung, daß die erforderliche Preislenkung in vielen Wirtschaftszweigen nur erfolgen kann, wenn die Produktionskosten erheblich gesenkt werden. Eine fällbare Senkung der Produktionskosten kann aber meist nicht ohne eine entsprechende Senkung der Löhne und Gehälter durchgeführt werden. Dabei soll grundsätzlich auf den Stand im Anfang des Jahres 1927 zurückgegangen werden. Die Reichsregierung, so heißt es im Kommentar, ermißt die ganze Schwere dieser Maßnahme, glaubt sie aber den Arbeitnehmern zumuten zu können, weil die Lebenshaltungskosten bereits erheblich gesunken sind und zwar nach dem Lebenshaltungsindex unter den Stand von 1927, und weil die Reichsregierung im Gesamtverhältnis von ihren Maßnahmen eine weitere bedeutende Verbilligung der Lebenshaltung erwartet, die auf die Dauer eine Senkung des Reallohnes verhindert.

Der Kommentar beschäftigt sich dann mit den Möglichkeiten der Durchführungs einer gleichzeitigen Senkung der Gesamtkosten der Wirtschaft, aus denen sich ergibt, daß es notwendig war, mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab unmittelbar eine Senkung der Löhne und Gehälter und zwar

grundsätzlich auf den Stand vom 10. Januar 1927 herbeizuführen, dadurch, daß die damaligen Lohn- und Gehälter an Stelle der heutigen im Tarifvertrag als vereinbart angesehen werden. Durchschnittlich würde das eine Kürzung von 10 bis etwa 15 Prozent ausmachen, in einer Reihe von Wirtschaftszweigen jedoch erheblich mehr, was die Reichsregierung nicht für traglich hält. Die Verordnung bestimmt deshalb, daß im Höchstfalle Senkungen um 15 Prozent und in jenen Fällen, in denen seit dem 1. Juli 1931 keine Kürzung eingetreten ist, um 15 Prozent eintreten dürfen. Um den neuen Lohn- und Gehaltsstand unverzüglich bis ins einzelne festzulegen, treten die Parteien jedes Tarifvertrages bis zum 19. Dezember 1931 zusammen. Da, wo in treter Verhandlung eine Festlegung nicht gelang, hat sie durch eine Behörde zu erfolgen. Der Kommentar sagt dazu, die Verordnung steht hierfür die Schlichter als die geeigneten Stellen vor. Sie treffen ihre Festsetzungen endgültig und binden gegenüber allen Beteiligten. Er verbreitet sich dann ausführlich über die Befugnisse der Schlichter in Ausnahmefällen (speziell da, wo am 10. Januar 1927 kein Tarifvertrag bestand, und erklärt abschließend, daß die Schlichter schließlich die Kaufhaue der Tarifverträge bis zum 30. September 1932 verlängern können, wenn das für die ruhige Fortentwicklung des Wirtschaftsweltes erforderlich erscheint und die Verhältnisse genügend überschaubar sind.

Der Kommentar spricht sodann von den Aufgaben der Tarifvertragsparteien, um den Schlichtern ihr Eingreifen möglichst frühzeitig zu ermöglichen und fährt fort: Da durch die Senkung der Löhne und Gehälter im Lauf des Tarifvertrages keine Minderung eintreten soll, trifft die Verordnung auch Vorsorge dafür, daß die neuen Löhne mit großer Beschleunigung im Rahmen eines im übrigen allgemein verbindlichen Tarifvertrages ebenfalls allgemein verbindlich werden.

Das gesamte geschilderte Verfahren gilt nicht für die Arbeiter und Angestellten, deren Löhne oder Gehälter nach den Vorschriften der Verordnung bereits im Zusammenhang mit der Kürzung der Beamtengehälter gesenkt werden. Auch hat die Verordnung von einem Eingreifen im Dienst nicht tarifvertraglich geregelter Löhne und Gehälter abgesehen. Die Tarifverträge selbst müßten nötigenfalls in getrennten Vereinbarungen für einzelne Gebiete oder Wirtschaftszweige verlegt werden. Desgleichen sollte ferner in geeigneten Fällen die Möglichkeit geschaffen werden, eine vorübergehende besondere Notlage einzelner Betriebe angemessen zu berücksichtigen. Schließlich muß auch die zeitliche Dauer der tarifvertraglichen Bindung den Bedingungen des Einzelfalles vorzüglich angepaßt werden.

Der Kommentar legt dann noch dar, daß diese Grundzüge in erster Linie von den Tarifvertragsparteien selbst bei ihren Verhandlungen in die Praxis zu überführen sein werden. Der Reichsarbeitsminister wird zwar die Schlichtungsbehörden mit entsprechenden allgemeinen Richtlinien versehen, ihnen darin aber nahelegen, die Verantwortung für die tarifvertragliche Regelung noch mehr als bisher den Beteiligten selbst zu überlassen. Für die Verbindlichkeitsklärung eines Schlichterspruches haben in der Regel ganz besondere Bedingungen vorzuliegen.

Kapitel VII.

Sicherung der Haushalte.

In Kapitel VII, Sicherung der Haushalte, wird von der Erhöhung der Umsatzsteuer gesprochen, um die Haushalte der öffentlichen Hand sicher zu stellen. Wenn dadurch — so heißt es — der Preislenkungsstand gewisse Hemmnisse entstehen, so erwartet die Reichsregierung, daß diese bei dem sich aus der Gesamtlage ergebenden Druck, soweit irgend möglich, überwinden werden. Ab 1. Januar 1932 wird die Umsatzsteuer 2 Prozent betragen, ausgenommen sind Brot, Getreide, Mehl, Schrot oder Kleie aus Getreide, sowie den anderen daraus hergestellten Backwaren. Bei diesen bleibt der Steuerfuß unverändert, so daß auch jede Veränderung des Getreides, Mehls oder Brotpreises dadurch vermieden wird.

Neu eingeführt wird die Besteuerung des Einbringens von Gegenständen in das Inland. Diese Steuer dient nur dem Ausgleich der Belastung der deutschen Waren, die eine Umsatzsteuer tragen, mit den eingeführten Gegenständen (Ausgleichsteuer). Ausgenommen von der Ausgleichsteuer sollen nur bestimmte Roh- und Hilfsstoffe werden, die für die deutsche Produktion erforderlich sind und im Inland nicht oder nicht in ausreichender Menge erzeugt werden.

Neben der Änderung des Umsatzsteuerfußes ist die wichtigste Änderung auf dem Gebiete der Umsatzbesteuerung die dem Reichsminister der Finanzen gegebene Ermächtigung, für bestimmte Gegenstände oder bestimmte Gruppen von Gegenständen die Pfahnpauschallierung einzuführen. Diese bedeutet im Gegensatz zum jetzigen deutschen Umsatzsteuerfuß, daß jeden einzelnen Umsatz erfährt (mehr Pfahnpauschallierung), die Zusammenfassung der Besteuerung mehrerer oder aller Umsätze in einer Stufe. Es ist beabsichtigt, die Pfahnpauschallierung zunächst auf dem Gebiete der Textilverarbeitung einzuführen. In Verbindung mit dem Pfahnpauschallierungssystem steht eine Abänderung der Ausfuhrsteuer. Sie ist so vorgesehen, daß bei Waren, bei denen die Pfahnpauschallierung eingeführt ist, nicht nur die letzte Umsatzsteuerquote vor der Ausfuhr vergütet wird, sondern auch die weitere innere Vorbelastung an Umsatzsteuer.

Bei den in Betracht kommenden Unternehmungen wird die erhöhte Umsatzsteuer vom 1. Januar 1932 ab 2,5 v. H. betragen, jedoch von Getreideerzeugung, Mehl und Backwaren wie bisher 1,5 v. H.

Von dem Rechtsanfall, das auf das Jahr mit 900 Millionen RM. veranschlagt wird, erhalten die Länder und Gemeinden 50 v. H.

Das Kapitel VII enthält ferner Vorschriften über die Einkommenssteuer-Vorauszahlung. Die am 10. April 1932 fälligen Vorauszahlungen auf die Einkommenssteuer und Abwechsellagerung sollen auf den 10. März 1932 vorverlegt werden, auch die im Rechnungsjahre 1932 fällig werdenden Vorauszahlungen sind nach näherer Bestimmung des Reichsfinanzministers entsprechend früher zu zahlen.

Differenzierte Gehaltstürzung in Sachsen

Dresden, 9. Dezember.

Wie wir erfahren, wird die letzte in Sachsen eingetretene Gehaltstürzung der Beamten und die durch die angeforderte Reichsnotverordnung dekretierte neuerliche Gehaltstürzung von neun Prozent Anrechnung finden. Die sächsischen Beamtengehälter werden also nur um die Differenz zwischen dem neuen Prozent und der bereits in Kraft befindlichen Kürzung neuerdings gekürzt werden.

Schiedspruch für die sächsische Metallindustrie

Dresden. Wie die Bressestelle beim Landesauschuss sächsischer Arbeitgeberverbände mitteilt, ist am Dienstag für die sächsische Metallindustrie von der Schlichterkammer ein Schiedspruch gefällt worden, der ab 7. Dezember 1931 eine Lohnsenkung um durchschnittlich sechs Prozent vorseht. Diese Regelung soll bis zum 31. Januar 1932 gelten. Die Entscheidung der beiden Parteien steht noch aus.

Des weiteren berichtet das Kapitel VII von den Vorschriften der Reichsnotverordnung. Durch diese soll nicht die volkswirtschaftlich gerechtfertigte Auswanderungsbewegung beeinflusst werden.

Um die Verteilung der Reichssteuerzuschüsse zu sichern, sind in der Verordnung Steuerbefreiungen, den das Finanzamt gegen den Steuerpflichtigen erlassen soll und Strafbestimmungen (Verweigerung, Geldstrafe) vorgesehen. Auf Grund der vorerörterten Staatsmaßnahmen ergibt sich folgendes Bild: Der im September von der Reichsregierung erneut aufgestellte Haushalts für 1931 schließt im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt auf der Einnahmeseite und Ausgabeseite mit 9150 Millionen RM. ab.

1930 betragen die Gesamtausgaben 11 855 Millionen Reichsmark, somit ist der Ausgabenstand um fast 3 Milliarden gesunken. Etwas zur Gänze benutzt diese Senkung auf der Verminderung der Reparationszahlungen infolge des Hooverjahres. Bei den Einnahmen ist mit einem Rückgang von rund 850 Millionen gegenüber 1930 gerechnet worden. Nach den Aufkommenergebnissen in den Monaten September bis November muß mit einem weiteren Rückgang von rund 200 Millionen im Jahre 1931 gerechnet werden. Dazu kommt, daß angesichts der Kapitalmarktlage der Ertrag aus dem Verkauf von 150 Millionen Reichsbahn-Korrespondenzaktien nicht ausfallen wird. Der sich ergebende Fehlbetrag wird durch den Münzgewinn und durch die Kürzung der Gehälter vom 1. Januar ab sowie durch die Erhöhung der Einkommenssteuer um 2 Prozent und die Verorzlegung der Einkommenssteuerzahlung bis April auf den März gedeckt.

Somit ist der Haushalt des Reiches gesichert, auch wenn die für Unterhaltung der durch Volkswirtschaftsmaßnahmen letzten besonders betroffenen Gemeinden vorgesehene 200 Millionen nicht ausreichen sollten. Die vom 1. Januar ab vorgesehene weitere Gehalts- und Lohnsenkung bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern beträgt 10 v. H.

Der Haushalt für 1932 würde sich, wenn die Reparationslast die gleiche bleibt, auf der Einnahmeseite auf 7890, auf der Ausgabeseite auf 8790 Millionen belaufen. Dabei ist davon auszugehen, daß das Steueranfallkommen gegenüber dem Jahresergebnis von 1931 um rd. 700 Millionen, gegenüber dem Jahresergebnis von 1930 um rund 1 1/2 Milliarden zurückbleiben wird.

Der Fehlbetrag von 900 Millionen soll durch die Ersparnisse infolge der Gehalts- und Lohnkürzungen in Höhe von rund 200 Millionen und durch die 700 Millionen aus der Erhöhung der Umsatzsteuer gedeckt werden. Der verbleibende Fehlbetrag von 60 Millionen wird durch weitere Sparmaßnahmen bei den sächsischen Ausgaben gedeckt, die sich infolge der Löhne-, Preis- und Lohnsenkung erzielen lassen. Der Etat 1931 würde damit auf Ausnahme und Ausgabe mit 8590 Millionen abschließen, das bedeutet gegenüber 1930 eine Senkung um rund 3 1/2 Milliarden.

Kapitel VIII.

Schutz des inneren Friedens.

Als letztes Kapitel beschäftigt sich das Kapitel VIII der amtlichen Verlautbarung mit den Maßnahmen zum Schutze des inneren Friedens.

Im ersten Abschnitt wird zu den Vorschriften über den Waffennikbrauch ergänzend festgestellt, daß in gefährdeten Bezirken die Anmeldung von Waffen aller Art und wenn nötig auch die Ablieferung der Waffen verlangt werden kann. Der Erwerb von Schusswaffen wird erleichtert, die Herstellung von Mies- und Stohwaffen, sowie der Handel damit ist genehmigungspflichtig. Wegen verbotenen Waffenhandel sind die bisherigen Strafvorschriften erheblich verschärft worden.

Im zweiten Abschnitt wird auf das Ueberhandnehmen der politischen Verleumdung und der damit verbundenen Ausschreitungen hingewiesen, die häufig durch von Privatpersonen getragene Uniformen und Abzeichen verursacht werden. Reichspräsident und Reichsregierung sollen daher entschlossen, das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände mit sofortiger Wirkung ohne jede Ausnahme für das ganze Reichsgebiet zu verbieten.

Der dritte Abschnitt erläutert die Vorschriften zur Bekämpfung des Ehrenschandens für im öffentlichen Leben lebende Personen, einerlei welcher politischen Partei sie angehören. Zu diesem Zweck sollen die Strafvorschriften der allgemeinen Verleumdungsparagrafen des Strafgesetzbuches verschärft werden, um den bei leichfertiger Behauptung nicht erweisbarer Tatsachen, die geeignet sind, diese Personen des notwendigen öffentlichen Vertrauens unwürdig erscheinen zu lassen, die Verleumdung auf drei Monate festgesetzt wird und bei verleumdender Verleumdung auf sechs Monate festgesetzt wird. Außerdem soll auch eine Hilfe an die Staatskasse bis zu 100 000 Mark erkannt werden können.

Im vierten Abschnitt wird schließlich mitgeteilt, daß zur Wahrung des Wehrdienstfriedens bis zum 1. Januar 1933 alle öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzüge verboten sind, ebenso wird die Verbreitung von Plakaten und Flugblättern politischen Inhalts untersagt.

Schlussbemerkung.

In der Schlussbemerkung wird dann u. a. ausgeführt: Die Reichsregierung ist überzeugt, daß die angeordneten Maßnahmen in ihrem unlöslichen Zusammenhang der Wirtschaft Erleichterungen bringen und eine Festigung ihrer Basis, die die Opfer weit übersteigen. Das jedoch nur dann, wenn das gesamte Volk in voller Erkenntnis der ungeheuren Schwere der Zeit und der unmittelbar drohenden Gefahren dem Wege folgt, den die Reichsregierung vorsehnt. Die Verantwortung dafür, daß das Ziel erreicht wird, trifft das deutsche Volk in seiner Gesamtheit und jeden einzelnen. Er muß erkennen, daß nicht Willkür die Bestimmungen diktiert, sondern die harte Notwendigkeit. Hier muß er sich fügen, wenn ihm auch zunächst daraus Opfer erwachsen. Der Schaden, der dadurch für ihn und alle entsteht, wenn mangels verantwortungsbewusster Mitarbeit aller die Schaffung einer neuen soliden Basis für das Wirtschaftsleben nicht erreicht würde, wäre unendlich größer als diese Opfer selbst.

Verlauf der Strecke Jittau-Reichenberg?

Die wirtschaftsparteiliche Landtagsfraktion weist in einem Antrag auf die Bressestellen hin, wonach zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und dem tschechoslowakischen Staatsfonds Verhandlungen stattgefunden haben, die einen Verlauf der im Besitz der Deutschen Reichsbahn befindlichen Eisenbahnlinie Jittau-Reichenberg bezwecken. Die Regierung soll ersucht werden, ihre Vertreter bei den zuständigen Reichsstellen und in den Organen der Reichsbahn-Gesellschaft anzuweisen, sich dafür einzusetzen, daß eine derartige Veräußerung deutschen Volkvermögens unterbleibt.

Volksbegehrensleiter in Chemnitz überstimmt

Chemnitz, 9. Dezember.

Bisher wurden in Chemnitz 7821 neue Eintragungen zum Volksbegehren gemacht. Die Gesamtzahl erreicht damit 30 301 und beträgt also am sechsten Tage 126,2 Prozent der erforderlichen Eintragungen. Die notwendige Stimmenzahl ist um 6301 überstiegen.

Öffentliche Mieterversammlung in Riesa.

Gestern Abend fand im Höpferischen Saale eine zahlreich besuchte, vom Mieterverein Riesa und Umgebung e. V. einberufene öffentliche Mieterversammlung statt. Nach begrüßenden Worten des Vorsitzenden, des Vorstandes des Vereins Herrn Heine, nahm der Referent des Abends, Herr Baumkötter Seidler, Dresden, Vorstandsmittglied des Bundes Sächsischer Mietervereine, das Wort zu seinem reichlich einständigen Vortrage, in welchem er die Frage der „Forderung eines sozialen Mietrechts“ und „sofortiger Senkung aller Mieten“ behandelte. In klarer, allgemein verständlicher Vortragweise wies der Referent auf alle die Regierungen, auf die Forderungen der Mieterchaft und die Gegenforderungen der Hausbesitzer hin. Einleitend erörterte er die allgemeine wirtschaftliche Lage, in welcher sich das deutsche Volk bereits seit längerer Zeit befindet, dabei betonend, daß durch die wiederholte Senkung der Löhne und Gehälter die Kaufkraft immer mehr geschwächt worden sei. Weiter mußte festgestellt werden, daß dem Lohn- und Gehaltsabbau die Herabsetzung der Warenpreise nicht in angemessener Maße gefolgt sei. Zwar sei hier und da ein Preisrückgang eingetreten, aber nicht in genügender Höhe. Von der Herabsetzung der Wohnmieten, die doch einen wichtigen Faktor der Lebenshaltung darstellen, habe man bis jetzt noch nichts gehört, auch sei noch kein Nachlaß der Mieten für gewerbliche Räume erfolgt. Bereits am 1. April 1927 sei die Friedensmiete erhöht worden und am 1. Oktober um weitere 10 Prozent. Statt des rentierunfähig angeführten Abbaues der Mietpreise habe die Reichsregierung 20 Prozent des Hauszinssteuerertrags dem Hausbesitz zugewiesen, das seien jährlich 400 Millionen RM, und zwar unter dem Vorwande, dem Hausbesitz die Zahlung der Aufwertungs- und Hypothekenzinsen zu ermöglichen. Die Mietervertreter seien aber der Meinung, daß die letzte gesetzliche Miete ausgereicht hätte, auch die Aufwertungsbeiträge zu zahlen, denn von den Erträgen der 120prozentigen Miete blieben noch immer 48 Prozent für hauswirtschaftliche Belange. Die Mieter forderten deshalb sofortige angemessene Senkung der Mietpreise. Eine weitere dringende Forderung sei die Herabsetzung der Zinssätze. Die Zinssätze, die wir heute haben, belasteten die Hauswirtschaft außerordentlich. Bei den zu zahlenden hohen Zinsen seien wir nicht mehr wettbewerbsfähig. Nur Herabsetzung der Mieten und Herabsetzung der Zinssätze würden die Wohnungsmieten verhältnismäßig leichter durchzuführen sein, während es bei den Mietpreisen von gewerblichen Räumen auf weit größere Schwierigkeiten stoßen würde, und zwar, weil in diesem Falle meist langfristige Mietverträge abgeschlossen worden sind, und zwar in Zeiten besserer Konjunktur. Die einzige Möglichkeit, diese Verträge in der gegenwärtigen Zeit des gewaltigen Konjunkturrückganges zu lösen, sei, daß das Reich und die Länder gesetzliche Richtlinien für angemessene Mietpreise erlassen. Ganz besonders unangemessen den heutigen Verhältnissen gegenüber seien die Neubausmieten; aber auch hier sei eine Senkung der Mieten nur möglich, wenn die Hypothekenzinssätze herabgesetzt würden. Jedenfalls sei die Hauspolitik verfehlt. Auch auf diesem Gebiete habe man in Zeiten besserer Konjunktur nicht Vorkehrungen für schlechtere Konjunkturschwünge getroffen. Die Mietervertreter hätten seitherzeit davor gewarnt, hauswirtschaftliche Gegenwartspolitik zu treiben. Jetzt sei nun zu beobachten, daß immer mehr Neubausmieter abwandern und billigere Wohnungen beziehen, weil sie die hohen Mieten nicht mehr zahlen können. Es sei deshalb Forderung der Mietervertreter, die Neubausmieten herabzusetzen, damit diese Wohnungen auch der großen Masse zur Verfügung gestellt werden könnten. — Durch die in den letzten Jahren geübte Wohnungspolitik, durch die Lohn- und Gehaltskürzungen verfiere unser Wirtschaftsleben immer mehr. Dies komme im besonderen durch das Darlehen der Leihen des Baugewerbes zum Ausdruck. An Hand von erschöpfendem Zahlenmaterial wies der Herr Vortragende nach, daß leider traurige Aussichten nicht nur bezüglich des Wohnungsmarktes ermutigen, um so mehr, als auch die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden

öffentlichen Mittel immer geringer werden. — Nochmals zur Hauszinssteuer übergehend, betonte Redner, daß der Kampf um diese Steuer weiter gehen werde, dieses Problem werde weiter zu besetzen sein. Es werde eine völlige Umgestaltung des jetzigen Systems gefordert, und zwar dahingehend, daß vom Hausbesitz eine Rente, mit dem Ziele der Verkapitalisierung der Erträge, abgeführt werde. Diese Maßnahme lasse sich gut durchführen und es könnte dadurch der Öffentlichkeit jährlich der Betrag in Höhe von 1½ Milliarden Mark zugeführt werden, ohne daß der Hausbesitz in seiner Wirtschaftlichkeit geschwächt werde. Es müsse aber mit Entschiedenheit gefordert werden, die Hauswirtschaft sei geschützt durch die gesetzliche Regelung. Eine Lebenshaltung aus den Erträgen der Mieten könne natürlich kein Vermieten verlangen. Die Vorschläge der Mietervertreter seien so, daß kein Rechtsleben könne. Die Mieter forderten vor allem ein soziales Mietrecht, in welchem der Schutz des Mieters vor ungerechter Kündigung und vor unangemessenen Mietpreisen gewährleistet ist. Jeder Regierung gegenüber seien die Forderungen der Mieter dieselben. Bessere es, diese berechtigten Forderungen durchzusetzen, dann werde das deutsche Volk wieder auf den so beherzten Aufstieg rechnen können. Mit dem dringenden Appell an die Versammlungsbesucher, sich den Mieterorganisationsmaßnahmen anzuschließen, schloß der Referent seine Darlegungen, deren Zustimmung in folgender einstimmig angenommenen

Entscheidung

zum Ausdruck kam:
Die am 8. Dezember im großen Saale des Hotels Höpfer in Riesa versammelte Mietervertreter haben einstimmig Einspruch gegen die Wohnungspolitik der Reichsregierung, wie sie in den Reichsnotverordnungen vom 1. Dezember v. J., 5. Juni und 8. Oktober d. J., zum Ausdruck gekommen ist. Sie sind auch stark befreut von den Richtlinien des Reichsministeriums für die Wohnungswirtschaft, die eine Fortsetzung der bisherigen verfehlten Wohnungspolitik erkennen lassen.
Der wiederholt versprochene allgemeine Preisabbau ist völlig unzulänglich geblieben. Auch die Richtlinien des Reichsministeriums vermögen diesbezüglich kein Vertrauen zu erwecken.
Der seit Monaten angekündigte Abbau der Mietpreise ist bisher nicht durchgeführt worden. Statt dessen hat die Reichsregierung 20 v. H. des Hauszinssteuerertrags, das sind jährlich 400 Millionen RM, dem Hausbesitz zugewiesen.
Die Versammlung fordert:
1. Sofortige allgemeine Senkung aller Mieten,
2. beschleunigte Schaffung eines sozialen Mietrechts für alle Wohn- und Gewerbräume, keinesfalls etwa nur für Klein- und Kleinstwohnungen, und Unterlassung jeder Herabsetzung der geltenden Mieterschutzgesetze bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes,
3. unbedingte Erhaltung der Wohnungsbaukosten der Hauszinssteuer und Bereitstellung von billigen Krediten für Wohnungsbau und Erhaltung der Wohnungswirtschaft sowie der Arbeitsbeschäftigung im Baugewerbe,
4. energische Maßnahmen zur Herabsetzung der wirtschafstzerstörenden, unerträglichen Zinssätze, ferner zur Verbilligung der Hausdarlehen sowie der Tarife für Wasser, Gas, elektrischen Strom und alle Verbrauchsgegenstände.
Von den Parteien des Reichstages wird ermartet, daß sie eine weitere, durch Notverordnung herbeigeführte Herabsetzung der Kaufkraft der Bevölkerung verhindern werden.
Für die vorgesehene Aussprache erfolgten keine Wortmeldungen. — Der Versammlungsvorsitzende nahm Gelegenheit, auch seinerseits auf die Notwendigkeit des Zusammenstehens hinzuwirken und um den Beitritt zu dem Mieterverein zu ersuchen. Nachdem er noch auf die von dem Verein errichtete Geschäfts- und Auskunftsstelle verwiesen hatte, wurde die Versammlung gegen 10 Uhr geschlossen.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 9. Dezember 1931.
— Wettervorhersage für den 10. Dezember. (Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Wolke, zeitweise auch etwas verminderte Bewölkung, vorwiegend trocken, jedoch noch vereinzelt Schauer, besonders im Gebirge mäßig. Temperaturen im Flachland vordringend wenig Grad über Null, in den höheren Gebirgslagen anhaltend leichter Frost. Im späteren Verlauf weiter, aber nur vorübergehend. Temperaturrückgang nicht ausgeschlossen, schwache bis mäßige, im freien Gebirgslagen schwache Winde aus West bis Nordwest.
— Das Finanzamt Riesa erläßt in vorliegender Tageblattausgabe eine Bekanntmachung, in welcher an die Umsatzsteuerertragsabgabe und an die Gewerbesteuer erinnert wird.
— Polizeibericht. Am 2. 12. 31 von 8 bis 10 Uhr nachm. ist von einem Fahrrad, das vor einem Hause der Siedlung „Neue Fassung“ aufschloß, gestohlen worden, ein Dynamo gekohlen worden. — Zwischen 5 und 8 Uhr nachm. wurde am 6. 12. 31 aus dem Hofe des Volkshauses ein geb. Herren-Tourenrad mit schwarzen Rahmen, roten Griffen, Gummioberflächen mit Doppelspeichen, der hintere Mantel rot und hellviolett grau überlegt, ge-

stohlen. — Weiter wurden einem Invaliden in der Nacht zum 2. 12. 31 in der Siedlung „Neue Fassung“ zwei blaue Wiener Kaninchen, 4 und 8 Pfund schwer, gekohlen. — In der Nacht zum 4. 12. 31 sind im Grundstück Lindenstraße 34 von der Leine zwei grünweiß gestreifte Wägenportierenden gekohlen worden. — Sachdienliche Wahrnehmungen erbitet der Kriminalposten. — Im Sommer 1930 war von einem Unbekannten im Freibad an der Rißler an einem Schulmädchen ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden. Ein hiesiger 22jähriger junger Mann ist als Täter ermittelt und festgenommen worden.
— Kreuz und quer durch die Gletscherwelt der Alpen. Unter diesem Stichwort stand der vom Gewerbeverein Riesa gestern Abend im Saale des Bettiner Hofes veranstaltete Lichtbildvortrag. Viele Mitglieder und Gäste konnte der Vereinsvorsitzende begrüßen. Besonderen Willkommensgruß entbot er dem Vortragenden Herrn Lehrer Walter Juhl und Frau aus Waldheim. Herr Juhl erzählte in freier Rede von der gigantischen Gletscherwelt der Alpen, die er im Laufe der letzten 10 Jahre durchquerte. Wundervolle Naturerscheinungen erdichten auf der Heimwand und ergänzten das Besagte. Nach einleitenden Erklärungen über die Reize der Alpenwelt, ob weiße Berge oder Gletscher vorzustehen seien, worum sich Südb- und Norddeutsche freiten, gab Redner der Gletscherwelt den Vortag, die für ihn an erhabener Schönheit übermäßigend sei. Er machte die Zuhörer mit dem Wesen und den Eigen-

3. Gastspiel der Städtischen Theater Leipzig

im „Capitol“, am Dienstag, den 8. Dezember 1931.
Freie Bahn dem Tüchtigen
Kaufspiel in 3 Akten von August Heinrich
Um diesen noch für die jüngere Vergangenheit so verheißungsvollen Ausdruck (der uns, wollten wir heute noch an ihn glauben, jetzt alle schwer um Narren halten würde) hat der niederdeutsche Schriftsteller A. Heinrich unter Weglassung der sarkastischen Unterbrechung, die das Thema eigentlich verdient, einfach mit kühnem Mut ein Kaufspielchen derumgeschrieben, das der hier in Mammern lebende, eigentlich dem Kaufspielchen gewidmete, gewöhnliche gibt. Er modellierte sich in seinem Studienpat Dr. Bröcker eine Figur zurecht, die an pädagogischer Verheerung und bei aller Gelehrsamkeit und Wissenschaftlichkeit, an Engstirnigkeit gegenüber den tatsächlichen, neuzeitlichen Lebensanschauungen nicht übertrifft werden kann, und von der man hoffen darf, daß solche Art Pädagogen (samt und sonderb schon pensioniert sind).
Die ganze Bauart des Kaufspiels ist, bei genauer Untersuchung, schon nicht mehr ganz „von heute“. Wer würde sich heute noch über selbständige, berufstätige Mädchen, über Vortragsstunden im Junglingsalter oder über Hochschul-

bildung der Frauen so aufregen, wie diese „Kaufspiel“ Spottfigur jenes Dr. Bröcker. Kein Mensch — nicht einmal die eigenen Eltern solcher Mädchen und Junglinge! Also ein Klein wenig „Gehtiges“ hat die Struktur der Sache an sich. Das läßt aber durchaus nicht die Idee des Ganzen, die sich der Dichter etwa so zurecht gelegt hat: Dieser Dr. Bröcker wird von einem ehemaligen Studienfreund und Jugendverwehler seiner Frau mit mehrgliedriger Schläue und Gerissenheit (auf lokalpolitischer Grundlage) in die Stellung eines Gymnasialdirektors hineingekleidet; Bröcker ahnt davon nicht das geringste, sieht weder die Beziehungen des jetzigen Freundes zu seiner Frau und Tochter, noch verfährt er seine Rückständigkeit im Denken vor den maßgebenden Maßstäben der Zeit und — das höchste der Einbildung — schreibt den Erfolg seiner Bewerbung um die Direktorstelle durchaus seiner „Tüchtigkeit“ zu. Drum herum die lachenden „Wissenden“!
Wir sahen gestern Abend Ernst Sattler als dieses Unikum von Studienrat Dr. Adolf Bröcker; der Künstler trat den getreuen Schülern ausgedehnt; eine Lebensgröße und eine durchaus treffende Herausstellung der Kriterien dieser Figur war dem Künstler eigen, die ihm volle Anerkennung des Hauses brachten. Martina Otto (Bröcker's Frau Adele) war reichend im Nachklang der Jugenderinnerungen; ihr Spiel von höchstem Schlich und immer präsent; sie war auch gestern wieder der Mittelpunkt aller Bemerkungen. Margarethe Prosch (Bröcker's Tochter Ursula) war wohl gar noch fesseln als Rodentopf-

schaften der Gletscher in Deutschland (Schwarze) vertrat. Die Gletscher mit ihren Sammelbecken von Eis und Schnee sind von Berggipfeln umgeben, von denen Schnee- und Gletschermassen herabfließen. Unter Einwirkung von Regen, Sonne, warmem Wind und Erdrück wird das harte Gletschereis gebildet. Immer neue Gebilde treten hier und da in Erscheinung. Gefährlich ist das Bestehen der Gletscher. Stellenweise entstehen tiefe Spalten, die oft von leichten Schneemassen überdeckt sind. Vorsichtig muß der Bergsteiger mit Spitzhüte einen sicheren Weg abhaken. Stundlange Wanderungen sind nötig, um in das Firmgebiet und auf die Bergspitze zu gelangen, wobei richtiges Anfehlen und entsprechende Kleidung nicht außer acht zu lassen sind. Gletscherhöhen bieten Gelegenheiten zum Rasten. Eigentümlich mußt es an, wenn man hört, daß in den letzten Juli-Augusttagen viel Schnee dort zu sehen ist. Der zweite Teil des Vortrages führte ins Bittelal, dessen langgestreckte Bewohner auch in unserem Niederlande nicht unbekannt sind. In den Bittelal Höhen ist charakteristisches Gestein zu finden. Auch von dieser Gegend besprach der Redner die Gletschergebilde und zeigte viele schon deutsche Namen tragende Unterkunftsstätten, wie Berliner, Leipziger, Gletscher Höhle usw., sowie Ansichten aus den Alpenregionen. Der Bittelal fand sein Ende in dem wunderbar gelegenen Wapertal mit seinen interessanten Wasserfällen und seinen traumhaften Volkstänzen. Die letzten Bilder zeigten Kopen, Tegern- und Schliersee mit Dampferfahrten und Strandbädern. Herr Juhl schloß mit den Gedanken, daß die Alpen für jeden Geschmack etwas bieten können und daß sie den Alpinisten immer wieder dahin ziehen. Wenn er auf dem höchsten Gipfel stehe, erlebe er Felerstunden, die ihm in steter Erinnerung bleiben. — Herr Vorsitzender Bergmann dankte im Anschluß an den Bericht der Zuhörer dem Redner noch besonders namens des Gewerbevereins. Weiter sei, wie der Vorsitzende weiter bekanntgab, für Offenhaltung deräden am „Aufstern Sonntag“ nicht untätig gewesen. Eine Entschädigung sei an den Stadtrat gerichtet worden, die zwar abschlägig beschieden worden sei. Durch oberbehördliche Anweisung sei aber der Wunsch des Gewerbevereins in Erfüllung gegangen. Den Vortragsabend schloß der Vorsitzende mit Wünschen für gesegnete Weihnachtsfesttage.

— Geldlotterie. Die Ziehung der 4. Alters- und Krankheits-Geldlotterie erfolgte am 12. und 14. Dez. Insgesamt wurden Gewinne im Betrage von 32000 RM. ausbezahlt. Lotte zu 1 RM. sind in allen Verkaufsstellen und beim Hauptvertrieb Invalidentag, Dresden, Johannstraße 8 zu haben.
— Sächsisches Justizministerium. Das sächsische Justizministerium liebt sich genötigt, den besondern Sprechtag freizustellen zu lassen. Als Sprechtag gilt bis auf weiteres für alle Angelegenheiten, auch für Gnadenachen, nur der Montag (von 9—1 Uhr).
— Stenographisches Landesamt. Ein Vorbereitungskursus für die Kursschleibereprüfung findet vom 5. bis 9. Januar 1932 in Dresden statt. Meldungen zu diesem Kursus sind bis zum 19. Dezember einzureichen.
— Strehla. Ehrungen bei der Freiwilligen Feuerwehr. Gelegentlich der Nordversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Strehla erhielten die Kameraden Rich. Dentschel und Bruno Meyer für 30-jährige Tätigkeit als aktive Mitglieder zur Wehr und in Würdigung ihrer Verdienste um das Feuerlöschwesen der Stadt Strehla ehrenvolle Auszeichnungen durch den Kommandanten ausgehändigt.
— Frau. Darlehensbetrüger festgenommen. In hiesiger Gegend, so in Jahn, Bismarck, Hof, Lützschena und Dörsch, trat in den letzten acht Tagen ein 49-jähriger Mann auf, aus Auerbach i. V. gebürtig und zuletzt in Leipzig wohnhaft, der verschiedene Bewohner der genannten Orte besuchte, die er angeblich von früher kennen wollte, was in manchen Fällen auch stimmte, da wohl Verwandte dieses Mannes in hiesiger Gegend gewohnt haben, und erschwandte Darlehen, die er in fünf Fällen auch erlösten hat. Er gab vor, einen Motorradunfall erlitten zu haben, und es fehle ihm das nötige Geld zur Beilegung der Reparaturkosten. Da jedoch nach Feststellungen die Angaben als Schwindel sich erwießen, wurde Anzeige gegen den Täter erlassen, dessen Festnahme im Dörsch durch die Gendarmen gelang. Er wurde dem Amtsgericht Dörsch zugeführt.
— Horna. Jagd. Bei der am Montag, den 7. Dez. abgehaltenen Freijagd auf Horna und Jauhtwitzer Wäldern wurden 325 Hagen zur Strecke gebracht. Gelegentlich des Jägertrahls im Jauhtwitzer Gasthof gedachte man des 50-jährigen Jubiläums, das die Herrschaft von Horna als Jagdpächter von Jauhtwitz feiern durfte. Eine golden umrandete „M“ in grünem Kranz schmückte die Tafel.
— Horna. Baumfrevler. Am Gemeindegelände von Horna nach Ostsch sind von mehreren jungen kräftigen Bäumen in roher Weise die schon entwickelten Kronen abgebrochen und an der Wäldern — Strehlaer Chauffee ein solcher Baum gestohlen worden. Es ist sehr beauerlich, die frischen Kronen zu den Wäldern der Bäume liegen zu sehen. Abgelehen von dem Schaden, der dem Volk und der Wirtschaft erwächst und daß sich Naturfreunde über solche Tat empören, bleibt doch solcher Baumfrevler eine große Gemeinheit.
— Lampersdorf. Scheunenbrand. Montag Abend 11 Uhr brach in der Scheune des Wirtschaftsbefizers Rich. Böhrer ein Feuer aus. Die Scheune brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Es verbrannte der Rest der vorjährigen Ernte, Stroh und landwirtschaftliche Maschinen. Das Vieh, ebenso wie das Wohnhaus und Seitengebäude konnten gerettet werden, dank dem schnellen Eingreifen der Lampersdorfer Feuerwehr. Von auswärtigen Wehren waren anwesend die Ostschager Automobilbrigade, ferner die Wehren von Galbis und Gröbendorf. Die Ursache des Brandes konnte bisher noch nicht festgestellt werden; die Untersuchung ist im Gange.
— Weitere Bril. und sächs. Nachrichten in der 1. Beilage.



Herren- u. Knabenkonfektion zu zeitgemäß niedrigsten Preisen als praktische u. willkommene Geschenke

Herren-Anzüge, aus prakt. u. mod. Cheviot- od. Kammgarnstoff. In guter Ausstattung, I- u. II-reih. . . . 34.- 42.- 34.- 29.- **18⁵⁰**

Eleg. Anzüge, die dem Maßanzug gleichkommen, reinwoll. Qualitäten, in bester Verarbeitung. Tadelloser Sitz, auch für starke Herren 96.- 88.- 79.- 73.- **62.-**

Mein großer Schlager
Blaue Herren-Anzüge
aus reinwollenen Kammgarn-Stoffen, II-reihig, moderne Formen, tadelloser Sitz, auch für korpulente Herren . . . **39.- 33⁷⁵** netto
weitere Preise! 92.- 82.- 75.- 63.- 56.-

Smoking-Anzüge, I. besonders korrekt. Sitz, gute Stoffe, tadellose Ausstattung, 108.- 98.- 84.- 62.- **46.-**

Gehrock-Anzüge, aus reinw. Drapè u. Tuchstoffen I. besond. guter Ausstattung, in allen Größ. 108.- 98.- 86.- 78.- 65.- **48.-**

Herr.-Wintermäntel, I. schönen dunklen Mustern, teils mit Ringgürtel . . . 82.- 28.- 25.- **14⁷⁵**

Reißige Ulster und Ulsterpaletots, in neuesten Dessins in prima Ausstattung, teils auf K'seide 100.- 85.- 79.- 69.- 55.- 42.- **37.-**

Paletots mit Samtkragen der Mantel, der stets modern ist, in guten Qualitäten 86.- 75.- 69.- 55.- 47.- **35.-**

Herren-Lodenmäntel, mit und ohne Gürtel, in modernen Farben 45.- 38.- 30.- 27.- 23.- **12⁷⁵**

Herren-Trenchcoats, in blau und farbig, mit wasserdichter Einlage . . . 32.- 21.- **18⁵⁰**

Herren-Skihosen, in Tuch u. Trikot, feste Stoffe 21.- 16.50 14.50 **12⁵⁰**

Ebenfalls Skianzüge, Jacken, Handschuhe, Mützen in allen Größen — sehr preiswert

Hausjacken, letzte Neuheiten 39.- 32.- 28.- 26.- 21.- 17.50 **14⁵⁰**

H.-Winterjoppen, offen u. geschl. in Ueberknöpfen und flotten Sportformen, haltbare Qualitäten 82.- 27.- 24.- 19.- 14.50 11.- 9.75 **8⁴⁰**

Herren-Windjacken, imprägn. . . . 19.- 14.- 11.- 9.75 **7⁷⁵**

Herren-Windjacken, mit angehebt. Futter 23.- 21.- 17.50 13.75 **9⁷⁵**

Herren-Lederjackets, braun, auf Velvettfutter, fehlerfreie Ware 94.- 67.- 60.- 52.- 45.- **37⁵⁰**

Herren-Hosen, für jed. Zweck u. höh. 18.- 15.- 11.50.- 9.50 6.- 4.25 2.75 **1⁹⁵**

Knickerbockerhosen, neueste Muster 21.- 17.- 15.- 11.- 8.75 7.50 **5⁵⁰**

H.-Schlosserjackets od. Hosen in Drell u. Köper 4.50 3.70 3.30 2.90 **2³⁵**

H.-Berufsmäntel, in weiß und farb. Köper 10.50 8.75 6.50 5.50 4.50 **3⁹⁰**

Schiffbrillen — Maurerbrillen Melkerbrillen — Malerjackets Hosen und Mäntel Bäcker-, Konditor-, Fleischer- und Keller-Jackets.

Knaben-Anzüge I. Trikot, flotte Farb., jede weitere Gr + 80 A, Gr. 0 **4⁵⁰**

Knaben-Stoff- u. Strickanzüge je nach Größe und Qualität . . . 21.- 15.- 9.- 6.50 **5⁰⁰**

Knaben-Manchester-Anzüge der haltbare Strickanzug, je nach Größe 21.- 16.- 13.- 11.- **8⁵⁰**

Knaben-Mäntel, in fesch. Must und dunkelblau, je nach Größe 27.- 24.- 19.50 17.- 12.50 8.75 **6⁵⁰**

Kn.-Windjacken, impr., teils mit angehebt. Futter 14.50 12.- 8.25 **5⁵⁰**

Knab.-Winterjoppen, besonders haltbar, für das Alter von 7 bis 14 Jahren 10.50 8.70 7.75 7.40 6.50 **5⁵⁰**

Kn.-Hosen mit Leibchen . . v. **1.20** an

Kn.-Hosen ohne Leibchen . v. **2.40** an

Knaben-Trainingsanzüge, gt. Qualität ohne Reißverschluss . . Gr. 30 **3.90** mit Reißverschluss . . Gr. 30 **5.25**

Burschen-Kleidung entsprechend billiger!

Selbstverständlich bieten Ihnen auch alle anderen Abteilungen größte Auswahl in gern gesehenen Geschenken zu billigen Weihnachts-Preisen

Bekleidungshaus **Franz Heinze**

Bedienung streng reell, Preise billig, aber fest

Ba. Backbutter (ausgemogert), sowie sämtliche Backartikel zum billigsten Preise empf.
L. Zeise Goethestr. 77

BSF Platura BSF
Das schwer versilberte **Tafel-Besteck** aus edler Silbermessing. In Gebrauch unverwundlich. Alleinverkauf für Riesa
A. Herkner
Inh. Johannes Kühnert
Hauptstraße 58.



Hochelegante Briefbogen

mit Monogramm-Prägung
moderne, vornehme Ausführung
liefert schnellstens

Buchdruckerei Langer & Winterlich

Riesa, Goethestraße 59

Richters Tanz- u. Anstands-Lehrkursus

mit Erlernung feiner gesellschaftlicher Umgangsformen, beginnt Dienstag, den 29. Dezbr. (Damen 8 Uhr, Herren 9 Uhr) im Hotel Wettiner Hof, Riesa. Die neuesten Tänze werden gelehrt. Voranmeldung Bismarckstr. 24 1 r., erbeten. Probezeit bafelst. Privatstunden jedergeb. Kostümvorlesung u. Balletts für Vereine etc.

Milda Rühr geb. Richter, Tanzlehrerin.
Mitglied des Allgem. Dtsch. Tanz-Verb.

Restaurant Grüne Aue

Morgen Donnerstag
der beliebte Dielentanz

Unreines Gesicht

Bibel, Mitterer werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke A) befeuchtet. Preis 2.75
Central-Beug. D. Hofstr.

In neue Paris-Kostüme 19.-, pa. Dam.- u. Mädch.-Schuhe 6.50, erchl. hochleg. Kleid 18.-, pa. Fahrrad, Ballon u. and. 69.-, 55.- u. 48.-, moderne Sprechapparate mit Stackton 75.-, 59.-, Schallplatten u. and. mehr. „Rieser Gelegenheitskäufe“ neben Hotel Stern.

für den Rauchtisch
wie für den Schreibtisch
geeignete Herrengeschenke aus Marmor, Metall, Kristall
Gemeinsamer Großverkauf billige Preise

Schumann Hauptstraße 57

Alters- und Krankenhilfe Geldlotterie

Ziehung 12. und 14. Dezember
Lose zu 1 Mark in allen Legegeschäften und beim Hauptvertrieb Invalidendank, Dresden, Johannstraße 8.

Stoewer-Nähmaschinen

kauft man gut und preiswert im Fahrradhaus
M. Müller, Riesa, Goethestr. 37.

Für die uns aus Anlaß unseres 25-jährigen Geburtstages dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir nur hierdurch unseren herzlichsten Dank.

Riesa, Dezember 1931.
Reinhold Hoffmann und Frau.

Gestern abend 1/10 Uhr verschied nach schwerer Krankheit meine liebe Gattin, unsre gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante, Frau **Martha Urban geb. Eindner** im 50. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Johann Urban u. Hinterbliebene.
Riesa, Bismarckstr. 63, den 9. Dez. 1931.
Die Beerdigung erfolgt am Sonnabend um 2 Uhr von der Friedhofshalle aus.

Wißlich und unerwartet verschied am Dienstag früh unsre liebe, bezugsamte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante **Frau Emma verw. Körnig geb. Conrad.**

Dies zeigen tiefbetrußt an die schwergekränkten Kinder nebst Hinterbliebenen.
Riesa-Größe, Lauchhammerstraße 40.
am 9. Dezember 1931.
Die Beerdigung findet in Riesa, Freitag nachm. 1/2 2 Uhr, von der Friedhofshalle aus statt. — Zugedachte Blumenpenden bitte Elbstraße 9 abzugeben.

Goldschmuckstücke
herrlicher Bimmer Schmuck.
Preis bis 15 M. verkauft
Paul Jungfer, Oberreit.



Zum Abend-Anzug gehört die flache und geschmackvolle Taschenuhr.

Alpina-
Taschenuhren sind führend in Form, Zuverlässigkeit und Preiswürdigkeit.

A. Herkner
Inh. Joh. Kühnert
Hauptstraße 58

Preisabbau bis 40%

Tisch- u. Schrank-Sprechapparate

Grammola Elektr.-Grammophon Odeon u. a. in schöner Auswahl.

Schallplatten

Rieser-Auswahl Spez. Electro-Platten im Musikparadieshaus

B. Zeuner Nachf.
Inh. E. Fritsche.
Riesa, Hauptstraße 49

Reichsfinanzminister Brüning begründet die neue Notverordnung.

Berlin, 9. Dezember.

In einer Erklärung, die Reichsfinanzminister Dr. Brüning über Inhalt und Bedeutung der neuen großen Notverordnung abgab, wies Dr. Brüning darauf hin, daß die Notverordnung als ein absolut zusammenhängendes Ganzes, aus dem kein Teil herausgenommen werden könnte, fertiggestellt werden mußte. Wenn deshalb von Seiten der Presse in jüngster Zeit der Vorwurf zu großer Zurückhaltung und zu großer Schwelgenheit gemacht werden sei, so müsse er die Schuld auf sich allein nehmen. Der Augenblick sei auch, wenn möglich, der geeignetste, um den Schlüssel unter eine uns aufgezwungene und nicht gewollte Deflationspolitik zu legen.

In angestrengtester Arbeit und im Stillen habe man sich unter Zuziehung des Wirtschaftsbeirates eingehend mit den vorliegenden Fragen beschäftigt, zu denen die Senkung der Mieten, der Zinsen, der Preise, der Löhne und Gehälter gehören. Einen anderen Weg als den vorliegenden, um die Zahlungssicherheit, die Warenumläufe zu erhalten, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, statt sie steigern zu lassen, so erklärte der Minister, gibt es nicht.

In seiner

Rundfunkrede

führte Reichsfinanzminister Dr. Brüning u. a. aus:

Am Vorabend der Veröffentlichung einer schicksalsschweren Notverordnung habe ich es für meine Pflicht, dem deutschen Volk in großen Zügen Aufschluß zu geben über die Ziele und Entscheidungen der Reichsregierung. Die zu treffenden Maßnahmen sind bedingt durch die unerträglichen Lasten, die dem deutschen Volk im vergangenen Jahrzehnt auferlegt wurden. Aber sie gehen andererseits auch zurück auf die Fehler, die wir selbst in den vergangenen Jahren gemacht haben. Ein Wirtschaftskrieg von ungeheurer Ausmaße ist entbrannt, der die Wohlfahrt der Völker der Welt zu untergraben droht. Mit den auf deutschen Antrag eingeleiteten Verhandlungen in Basel über die Reparationsfragen haben die internationalen Verhandlungen begonnen.

Ich richte noch einmal den dringendsten Appell an alle beteiligten Regierungen, dafür zu sorgen, daß die oft und von allen Seiten verkündeten Grundsätze verständnisvollen und solidarischen Zusammenwirkens sich jetzt endlich in letzter Stunde in die Tat umsetzen.

Die nächsten Wochen werden von entscheidender Bedeutung sein. Wenn jedes Land die Tendenz hat, sich abzugrenzen, währungspolitisch und sozialpolitisch für sich zu sorgen, so wächst unweigerlich das Gesamtmaß der Wirtschaftszerrüttung aller Länder. Alles dieses weist auf die internationale Verständigung hin. Für Deutschland, das eine schwere Inflation erlebt hat, steht im Vordergrund die Sicherung der Währung. Dieses Ziel zwingt die Reichsregierung nach außen zur Erfassung und planvollen Wirtschaft der anfallenden Devisen, es zwingt im inneren zur unbedingten Sicherung des Etats auch mit harten Mitteln. War es möglich, bis zur Auswirkung der englischen Pfundstrix wohlüberlegt miteinander in Zusammenhang stehende Maßnahmen auf zusammenhängenden Gebieten der Wirtschaft und Finanzen gleichzeitig zu treffen, so ist jetzt der Augenblick gekommen, entscheidende Maßnahmen auf zusammenhängenden Gebieten der Wirtschaft und Finanzen gleichzeitig zu treffen. Preisentzug, Zinsentzug, Lohn- und Gehaltsentzug sowie die Senkung der Frachten, also Maßnahmen auf der ganzen Linie, müssen gleichzeitig erfolgen. Nur so kann es gelingen, zu verhindern, daß die Reallohnkraft sinkt, die Produktion weiter zusammenschrumpft und die Arbeitslosigkeit ins Ungemessene steigt. Abbau und Tilgungsmöglichkeiten der Hausinsolvenz verbunden mit der Zinsentzug werden eine mindestens zehnprozentige Verringerung der Mieten ermöglichen. Abbau der Zinsen, gerechte Berechnung der Handelskassen, müssen eine weitere Verringerung des täglichen Bedarfs herbeiführen. Zu gleicher Zeit, wie die Lohnsenkungen erfolgen, werden die Preise der gebundenen Produktion, Kohle, Eisen, Düngemittel heruntergesetzt. Frachtenentzug in großem Ausmaße unterliegt die Preisentzug. Die Zinsen der langfristigen Verpflichtungen mit Ausnahme der ausländischen werden ebenfalls heruntergesetzt, die Produktionskosten, insbesondere auch der Landwirtschaft, auf diese Weise gemindert.

Schmerzhaft sind die Opfer, die von Beamten, Arbeitern, und Angehörigen, ja darüber hinaus in beschränktem Umfang auch von den durch Sozialversicherungen Betroffenen nun abgemindert werden. Wir haben lange versucht, und alles darangesetzt, sie zu vermeiden, aber die Wirtschaftskrise zwingt wegen der inneren geschäftlichen Zusammenhänge dieser Dinge auch hier zuzugreifen. Schmerzhaft ist für viele die Zinsentzug der selbstverschuldeten Wertpapiere. Wenn sie manchen Sparrer trifft, so möge er bedenken, daß die Erleichterung des Kapitaldienstes ihm selbst in seiner Lebenshaltung wieder zugutekommt und daß die ersparende Höhe des deutschen Zinsniveaus eine Gewähr für die Sicherheit der Kapitalanlage selbst bedeutet. Dieser Gefahr wird durch die Zinsentzug begegnet.

Durch Erhöhung der Umsatzsteuer und durch die Senkung der Ausgaben ist die Kassen- und Etatslage gesichert, sind die Voraussetzungen geschaffen, die für jeden einzelnen das wichtigste sind, nämlich die Zahlungen des Staates in den kommenden Monaten pünktlich geleistet werden können. Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung für Volk und Vaterland bewußt ist, darf und wird nicht davon zurücktreten, einen drohenden Zerfall der Volksträfte mit eigener Energie entgegenzutreten. Sie duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge eingesetzt werden, falls unter Verhängung des Ausnahmezustandes, gegen alle, die sich unterfangen würden, in den Stunden härtester Not den verfassungsmäßigen Gewalt in den Arm zu fallen.

An die Nationalsozialisten

Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen in großem Kontrast dazu die beständigen Verneinungen sich nicht weniger verantwortungsvoll dünkender Führer, die zum sinnlosen Bruderkampf und zu außerpolitischen Torheiten auffordern. Wenn man erklärt, daß man auf legalen Wege zur Macht gekommen, die legalen Schranken

durchbrechen werde, so ist das keine Legalität. Und sie ist es noch weniger, wenn zu gleicher Zeit im engeren Kreise Machtpläne verfaßt und vorgezogen werden. Dagegen wende ich mich als verantwortlicher Staatsmann auf das härteste.

Ich werde mich weiterhin mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solchen Parteiverfahren entgegenstellen, das deutsche Volk in dieser ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen.

Ein uralter Instinkt gesunder Völker ermahnt, den innerpolitischen Meinungsstreit zurückzutreten, so völlig schweigen zu lassen, wenn das Vaterland in entscheidenden Stunden politischen Handelns steht. Deshalb ist es ein dem Lande abträglicher Unterfangen, wenn mit dem Hinweis auf innenpolitische Verschiebungen in den Tagesmeinungen der Wähler verwehrt wird, im Ausland den Eindruck zu erwecken, als ob es in Deutschland in Wirklichkeit geteilte Fronten, ja eine Regierung von morgen gebe, die sich anmaßen dürfte, für das deutsche Volk zu sprechen. Auch künftighin wird die politische Führung des Deutschen Reiches und die Vertretung der Interessen des Deutschen Reiches im Ausland ausschließlich in den Händen des Herrn Reichspräsidenten und der verfassungsmäßigen Regierung liegen.

Um den inneren Frieden gegen Gewaltmaßnahmen und Terrorakte von jeder Seite zu schützen, ist eine Verschärfung der Bestimmungen über den Waffengebrauch notwendig geworden.

Das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände hat sich als immer größerer Mißstand erwiesen. Reichspräsident und Reichsregierung haben sich daher entschlossen, das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände allgemein und ausnahmslos für das ganze Reichsgebiet zu verbieten.

Weihnachtsfrieden

Der Herr Reichspräsident hat sich ferner entschlossen, zur Sicherung des Weihnachtsfriedens von heute ab bis zum 3. Januar nächsten Jahres alle öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzüge zu verbieten, damit unser Volk Gelegenheit bekommt, Abstand von dem aufgeregten, lauten Lagesstreit zu gewinnen.

Ich werde nie mit Verprechungen und Missionen über den wirklichen Zustand unserer Lage hinwegtäuschen versuchen. Die falsche Überzeugung, das harte Rechnen mit politischen Möglichkeiten ist nicht ein Mangel an tiefstem Mitempfinden mit den Leiden des Volkes; es ist vielmehr die schwere Verantwortung, die auf den Regierenden ruht und ihnen verbietet, ihr innerstes Gefühl anders als in der sorgfältigen Unterordnung unter die Pflichten ihres Amtes zu äußern.

Dr. Goerdeler Reichskommissar

Berlin, 9. Dezember.

Der Herr Reichspräsident empfing Dienstagabend Oberbürgermeister Dr. Goerdeler-Leipzig und bat ihn, im Interesse der Allgemeinheit und der schnellen Durchführung der Preisentzug das in der neuen Notverordnung geschaffene Amt eines Reichskommissars für die Preisüberwachung zu übernehmen. Dr. Goerdeler hat sich dem Herrn Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt.

Reichskommissar Goerdeler

tritt aus der DNVP. aus.

Berlin, 8. Dezember. Der der Deutschnationalen Volkspartei angehörende Oberbürgermeister Goerdeler-Leipzig, der am Dienstag die Berufung des Reichspräsidenten auf den Posten des Reichskommissars für die Preisüberwachung angenommen hat, veröffentlicht auf Grund einer Unterredung, die er mit dem Führer der Deutschnationalen, Eugenberg, hatte, folgende Erklärung:

„Meine Ernennung zum Reichskommissar bringt mich in einen Gegensatz zu der politischen Haltung der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Oppositionshaltung gegen das Kabinett Brüning. Nach einer Unterredung, die ich mit Herrn Dr. Eugenberg hatte, ziehe ich aus dieser Tatsache, so sehr ich mich nach wie vor mit den politischen und westanschaulichen Grundfragen der Deutschnationalen Volkspartei verbunden fühle, die Folgerung meines Austritts aus der Partei.“

Zu dieser Erklärung Goerdelers teilt die Deutschnationale Pressestelle mit:

„Die Deutschnationale Volkspartei bekämpft die Regierung Brüning und das in ihr und ihrer Abhängigkeit von Preußen verdrängte System der schwarz-roten Koalition, weil sie der Überzeugung ist, daß ohne eine Beteiligung des einflussreichen Reichspräsidenten eine Verbesserung der Verhältnisse in Deutschland nicht zu erzielen ist. Die Deutschnationale Volkspartei bekämpft die politische Arbeit in ihm ab. Der Austritt des Oberbürgermeisters Goerdeler, der im übrigen bei dieser Gelegenheit gegenüber Dr. Eugenberg und der Partei seine volle Loyalität bewiesen hat, war nach der Übernahme des Kommissariats eine Selbstverständlichkeit.“

Bizetaler Dietrich zur Notverordnung.

Berlin. Bei einem Presseempfang erklärte Bizetaler Dietrich zur neuen Notverordnung des Reichspräsidenten u. a.:

Als die Pfundwährung zusammenbrach, war unabweisbar eine neue Lage gegeben, besonders auch weil das Pfund mit seinem Sinken auch Währungen solcher Länder mit sich zog, die für unser Auslandsgeschäft von entscheidender Bedeutung sind. Wir waren einig, daß wir dieser Lage Rechnung tragen und einen Schritt weitergehen müssen in der Senkung der Gestehungskosten innerhalb Deutschlands, wie auch in der Frage der Gestaltung der Haushalte in Reich, Ländern und Gemeinden. Es hat sich auch gezeigt, daß es kaum mehr möglich sein wird, den Apparat der Länder auf-

recht zu erhalten. Dabei hat eine Rolle gespielt, daß die Zahl der Arbeitslosen immer größer geworden ist und daß wir damit rechnen müssen, in diesem Winter eine riesige Arbeitslosigkeit bewältigen zu müssen. Auch in diesem Punkte haben wir uns auf das Äußerste gestellt.

Wir stehen vor über 1 Milliarde Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung, die wir in diesem Winter auszuwenden haben. Ohne diese Last würde das Bild wesentlich anders aussehen. Die Tatsache, daß Länder und Gemeinden ihren Verpflichtungen kaum mehr nachkommen konnten, hat bewiesen, daß auch diese Frage baldmöglichst erledigt werden muß. Gegenüber dem Bestreben der Reichsregierung, die Löhne und Gehälter auf der ganzen Linie zu senken, gleichzeitig aber auch die Preisentzug mit Gewalt durchzuführen — wobei wir uns darüber klar sind, daß die Bevölkerung ohne Preisentzug die Lasten kaum tragen kann — wird eingewendet, es sei in Deutschland nichts viel billiger geworden. Ich muß dem entschieden widersprechen: Es ist sehr viel billiger geworden. Man ist nur nicht geneigt, es anzuerkennen. Der Lebenshaltungsindex ist von 136 auf 131 gesunken. Mit den jetzigen Maßnahmen werden wir ihn wohl noch weiter herunterdrücken können. Für die Währungsverbesserung war ein Ausgleich des Staatshaushaltes, eine Vermeidung neuen Notendrucks und eine aktive Handelsbilanz erforderlich. Eine große Schwierigkeit hat das Programm: Wenn wir uns genötigt gesehen haben, Löhne und Preise zu senken, so waren wir auf der anderen Seite genötigt, die Haushalte auszugleichen und die Umsatzerlöse anzunehmen. Das legt natürlich eine starke Trenne an die Vermögenslosen, die Kosten für die Lebenshaltung herunterzubringen. Wir haben zu diesem letzten Mittel gegriffen. Wir haben immer angekündigt, daß wir uns diese Erhöhung als letzte Reserve vorbehalten wollen. Wir müssen sie einsehen, weil ein Teil der Umsatzerlöse den Ländern und Gemeinden zufließt, die ja in sehr viel härterem Maße notleidend als das Reich. Angesichts der großen Bedenken gegen diese Steuererhöhung haben wir den Weg gesucht, wenigstens bei Getreide, Mehl und Brot von einer Erhöhung der Steuer Abstand zu nehmen, die für die Lebenshaltungskosten eine entscheidende Rolle spielt. Der Zweck der Notverordnung kann nur erreicht werden, wenn wir mit ihm einen gewissen Schlüsselschritt unter die Entwürfe ziehen. Es stehen uns jetzt keine Möglichkeiten mehr zur Verfügung, den Konsumkampf Deutschlands gegen das Ausland dadurch aufzunehmen, daß wir weiter auf die Gehälter und Löhne drücken. Wir können sonst zu einem unhaltbaren Zustand in Deutschland. Die Aufnahme von Anleihen im Betrage von 20 Milliarden Goldmark hat uns zwar in die Lage versetzt, unsere gestörte Binnenwirtschaft wieder aufzubauen, andererseits aber auch unser Volk über den verlorenen Krieg hinwegzutäuschen. Das kommt jetzt in dem fürchterlichen Niedergang zum Bewußtsein, den wir eben erlebt haben. Es bleibt uns die Pflicht, die privatrechtlichen Schulden abzugeben. Dazu muß aber erst die Möglichkeit dadurch gegeben werden, daß die anderen Länder unsere Zahlungen in der einzig möglichen Form annehmen, nämlich in Form von Waren. Sonst verweigern die anderen die Zahlungsannahme, und nicht wir die Zahlungen selbst.

Stegerwald über die neue Notverordnung.

Münster, 9. Dezember.

Auf einer Zentrumsversammlung führte Reichsminister Dr. Stegerwald zur neuen Notverordnung aus, daß es unmöglich sei, alle die Forderungen, die auf den verschiedenen Gebieten an die Wirtschaft und die Behebung der Defizitischen Hand gestellt wurden, zu erfüllen. Nicht von der Einnahmeseite allein könne Hilfe kommen, es müsse auch die Ausgaben Seite gedrosselt werden. Gebot der Stunde sei, in die Defizitische Hand und in das große Durcheinander der Privatwirtschaft Ordnung zu bringen. Die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen seien außerordentlich tief eingreifend. Sie werden aber zwangsläufig bestimmt durch die unausgeglichenen Etats der Defizitischen Hand. Der Reichsfinanzminister und er hätten mehrfach erklärt, daß sie jedes Programm ablehnen würden, das nur den Arbeitern, Angestellten und Beamten neue Opfer auferlegen würde. Dieses Versprechen sei gehalten worden. Nicht nur das Lohn-, sondern auch das Preisgebäude sei in einem unerhörten Ausmaße erschüttert worden.

Im einzelnen befaßte sich der Minister dann mit den Verhältnissen im Bergbau sowie mit der Notwendigkeit, in den Tarifvertrag einzugreifen. Der Eingriff sei ein einmaliger, er sei roh, was auf gesellschaftliche Wege gar nicht anders denkbar wäre. Der Kollektivvertrag selbst jedoch werde erhalten, weitere gesetzliche Eingriffe in das Schlichtungswesen werden abgelehnt und überhaupt werde sohnpolitisch jetzt für längere Zeit Ruhe eintreten müssen. Es sei jedoch, wenn die Europakonferenz nicht verlage, anzunehmen, daß in den nächsten Monaten die tiefste Talsohle der deutschen Krise erreicht werde. Dann können und werden wir, so schloß der Minister, auf steinigem Boden aufwärts steigen.

Reichstag und Notverordnung.

Berlin. (Funkdruck.) Die Reichstagsfraktionen werden sich in den nächsten Tagen mit dem Inhalt der neuen Notverordnung beschäftigen. Die Fraktion der Staatspartei hält bereits am heutigen Mittwoch eine Sitzung ab, die Notverordnung lag allerdings zu dieser Zeit noch nicht im Wortlaut vor. Für Donnerstag hat die Wirtschaftspartei, für Freitag die Deutsche Volkspartei eine Fraktionssitzung anberaumt. Die Sozialdemokraten werden am Montag, das Zentrum und die Christlichsozialen am Dienstag die Notverordnung beraten. Die Deutschnationalen versammeln sich sogar erst am Donnerstag der nächsten Woche. Es nicht die wichtigsten Fraktionen zur Notverordnung Stellung genommen haben, wird aber die vorzeitige Einberufung des Reichstages keine Entscheidung fallen können. Ein Zusammenritt des Verlesensrates schon am Freitag, wie ihn die Kommunisten beantragt haben, würde also wenig Zweck haben. Wie das Nachrichtenbüro des Reichstages, ein parlamentarischer Kreisler hört, besteht daher die Absicht, den Verlesensrat erst zu einem späteren Termin einzuberufen, und zwar nach der sozialdemokratischen Fraktionssitzung, also am Dienstag. Für diesen Tag verlangen die Kommunisten bereits die erste Reichstagsitzung; die Erfüllung dieses Wunsches ist dann natürlich unmöglich. Praktisch kommt ein Zusammenritt des Reichstages, wenn es überhaupt zu einer vorsetzigen Einberufung kommt, nach der Auffassung führender Parlamentarier vor Weihnachten nicht mehr in Frage.

enstelle
schmud,
verkauft
Berberel.
Anzug
und ge-
schweizer.
führend
Anzeit
reit.
kner
hneert
Ba 58
bbau
Frank-
arate
ophon
wahl.
tten
wähl
Platten
alhaus
Nachf.
the.
rabe 48

Über 5 Millionen Arbeitslose.

• Berlin. Wie die Telefonen-Union erzählt, betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen am 1. Dezember 5 057 000, hiervon wurden vom der Arbeitslosenversicherung 1 866 000, von der Arbeitslosenversicherung 1 406 000 erfasst.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Keine Einigung in Genf.

• Genf. In dem vom Internationalen Arbeitsamt einberufenen Ausschuss zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fand am Dienstag eine ausgedehnte Aussprache über die Frage der Bekämpfung der internationalen Arbeitslosigkeit statt, wobei sich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten ergaben. Die Vertreter der Arbeitnehmergruppen forderten übereinstimmend die internationale Einführung der 40-Stunden-Woche und eine internationale gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Der deutsche Gewerkschaftsführer Müller beantragte, die Regierungen und Industriellen zur Aufnahme sofortiger Verhandlungen über die Verabreichung der Arbeitszeit einzuladen. Die Arbeitgeber vertraten demgegenüber die Auffassung, daß eine Kürzung der Arbeitszeit lediglich als eine vorläufige Maßnahme zur Überwindung der gegenwärtigen Krise in Frage kommen könne. Der bekannte französische Industrielle Lambert-Blas erklärte, daß die Verabreichung der Arbeitszeit unwirksam zu einer Erhöhung der Selbstkostenpreise führen würde. Allgemeines Interesse erregte ferner die Feststellung des britischen Industriellen von der Linden, daß letztlich die völlige Streichung der Kriegsschulden und die Beseitigung der Handelsbarrieren zu einer Überwindung der Krise führen könnten. Der bekannte italienische Industrielle Olivetti schloß sich dem Vorschlag des deutschen Regierungsvorsitzenden, Ministerialdirektor Söhler an, allgemeine internationale Verhandlungen zwischen den Regierungen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzuleiten.

Erneut Einberufung des Reichstages verlangt.

• Berlin. Die kommunistischen Mitglieder des Reichstages haben am Dienstag beim Reichstagspräsidenten die Erneuerung des Reichstages beantragt, und zwar für Freitag, den 11. Dezember. Die Einberufung des Reichstagsplenums wird für Dienstag, den 15. Dezember, verlangt. Als Tagesordnung werden kommunistische Anträge auf Aufhebung der neuen Notverordnung vorgebracht, in Verbindung damit eine finanzielle und wirtschaftspolitische Aussprache, sowie erneut eine außenpolitische Aussprache und eine Erklärung des Reichsinnenministers zu den Vorgängen in Dessen.

Weitere Preisentzugsmaßnahmen in der Durchführungsverordnung.

• Berlin. Zugleich mit der neuen Notverordnung gibt die Reichsregierung Durchführungsbestimmungen heraus für die Preisentzug, während in der Notverordnung selbst nur die allgemeinen Richtlinien für den Preisentzugskommissionar niedergelegt sind. Weiterhin erging gleichzeitig eine Erklärung der Reichsregierung über die Motive, die zu der Notverordnung geführt haben, sowie über die Schlussfolgerungen für weitere Maßnahmen, die sich aus der Lage ergeben. Ferner wird bekannt, daß die Reichsbahn Tarife entsprechend dem am Sonnabend gefassten Beschluß der händigen Tarifkommission in der Weise geändert werden, daß das Gesamtangebot der Reichsbahn um 200 Millionen im Jahr vermindert wird. Aus einer Senkung der Kohlenpreise erwartet man eine Verbilligung um 250 Millionen, aus einer Senkung der Eisenpreise eine Verbilligung um rund 150 Millionen.

Dazu folgen noch Einzelbestimmungen für die Preisentzug, die am 15. Dezember in Kraft treten. Wichtig, aber unabhängig von der Notverordnung, werden besondere Frachttarife für Gerste von Süddeutschland nach Nordwestdeutschland eingeführt und besondere Bezugspreise für Inlandgerste.

Im Hinblick auf die Salutänderungen im Ausland und dem damit zusammenhängenden Salutadumping werden auf Grund der bestehenden Notverordnung grundlegende neue Zollmaßnahmen zum Schutz der deutschen Wirtschaft für die nächste Zeit in Aussicht genommen.

Aus dem Landtag

Der Reichsausschuß des Sächsischen Landtags begann die Beratung der umfangreichen Vorlage über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Bauvertrags. Der Vorsitzende, Abg. D. Schmidt (D.B.P.), stellte fest, daß der Ausschuß bereit ist, sofort ohne Rücksicht auf die Beratung eines Referentenentwurfes eines Städtebaugesetzes im Wohnungsausschuß des Reichstages in die Beratung der Vorlage einzutreten. Im übrigen wurden keine wesentlichen Veränderungen beschlossen. Zu den in der Vorlage geregelten Ausnahmefällen erklärte Minister Richter, daß auch baukünstlerische Gründe als Anlaß für Ausnahmen anerkannt werden können.

Im Sinne der auch von der Regierung beabsichtigten Befreiung des Verfahrens wurden die Fälle über die Vorlage hinausgehend beschränkt, in denen die Baupolizeibehörde sich bei Ausnahmen des Einverständnisses der Kreisbauhauptschaft zu vergewissern hat. Die Verpflichtung der Gemeinden zur Anlegung eines öffentlichen Oblastensbuches wurde anerkannt. Bei dem Abschnitt über baurechtliche Ortsgehalte ergab sich Übereinstimmung in der Auffassung, daß eine möglichst einheitliche Regelung baugesetzlicher Vorschriften erstrebt werden muß.

Der außerordentliche Ausschuß für Besoldung und Beamtenfragen behandelte eine größere Anzahl von Eingaben, die sich auf Besoldungs-, Beförderung- und Ruhegehaltsfragen beziehen. Zu einer umfassenden Aussprache führte eine Eingabe, die sich mit dem von der Regierung erlassenen Verbot der Eheschließung der staatlichen Hilfspfleger in den Landesanstalten befaßt. Der Ausschuß beschloß, die Regierung zu ersuchen, das Verbot wieder rückgängig zu machen.

Dresdens Oberbürgermeister beim Reichsfinanzminister.

• Dresden. Oberbürgermeister Dr. Rilla hat in diesen Tagen dem Reichsfinanzminister Vorläufe unterbreitet, durch die die Finanzen der Gemeinden erwidert werden soll. Dr. Rilla hat vorgeschlagen, den deutschen Gemeinden zur Überwindung der durch die Einberufung am 1. Januar besonders entsetzlichen Aufwendungen einen Ueberbrückungskredit zu erwähren, der in den kommenden Monaten durch Abzug von den Steuerüberweisungen des Reiches in angemessenen Raten getilgt werden soll.

Die Jahresbotschaft des Präsidenten Hoover.

Praktische Vorschläge für Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft.

• Washington. Am Dienstag mittig wurde in der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses die Jahresbotschaft des Präsidenten Hoover verlesen, die den Reichsausschuß des Präsidenten, die Bestandsaufnahme der die gegenwärtige Wirtschaftskrise bestimmenden Faktoren und das Notstandsprogramm zur Bekämpfung der Depression umfaßt. Die Außenpolitik ist nur in wenigen Sätzen behandelt worden, da sie Gegenstand der am Donnerstag erwarteten Sonderbotschaft sein soll. In der Hoover die Ratifizierung der Moratoriumsvorlage verlangt wird. Auf Deutschland und die deutsche Frage übergehend, erklärte Hoover: „Die Wirtschaftskrise in Deutschland und in Mitteleuropa nahm im letzten Juni Ausmaße an, die ohne fremde Hilfe zusammenbrechen müßten. Die Furcht vor solchem Zusammenbruch hatte unsere Produkten- und Wertpapiermärkte in Verwirrung gebracht und auch andere Völker bedroht, was wiederum neue Gefahren für uns heraufbeschwor. Von größter Bedeutung war dabei die Notwendigkeit unserer Mitarbeit, um das deutsche Volk vor der unmittelbar bevorstehenden Katastrophe zu schützen und seinen wichtigen Anteil am Fortschritt und an der Stabilität der Welt zu bewahren. Aus diesem Grunde sind von Amerika das Schuldenjahr und das Gattungsabkommen in die Wege geleitet worden.“

Ausschließlich behandelte Hoover ferner die innere Wirtschaftspolitik, deren Gründe er in Spekulation, Inflation auf den Wertpapier- und Grundstücksmärkten, in schlechter Geschäftsführung zahlreicher Finanzinstitute und vor allem in ständigen Erschütterungen und Störungen außerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten erblickt.

Zur Frage der Arbeitslosigkeit erklärte Hoover, daß die Regierung bereit gewesen sei, durch Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten, durch Einrichtung von Arbeitsnachweiser und durch die Abdrosselung der Einwanderung dem heimischen Arbeitsmarkt eine Erleichterung zu verschaffen. Hoover betont aber, daß er sich jeder unmittelbaren oder

mittelbaren Erwerbslosenfürsorge widersetze, denn der Zusammenbruch und die vermehrte Arbeitslosigkeit in Europa ist teilweise durch solche Maßnahmen verschuldet worden. Eine allgemeine Abänderung des Sozialgesetzes durch den Kongreß lehnt Hoover ab.

In praktischen Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft schlägt Hoover vor: 1. eine drastische Verminderung der Regierungsausgaben und eine vorübergehende Höchstens auf zwei Jahre berechnete Steuererhöhung, 2. weitere Kapitalbeteiligung der Regierung an den Bundeslandbanken zur Beschaffung billiger Kredite für die Landwirtschaft, 3. Gründung von Baukreditbanken zur Förderung der Heimbaufähigkeit, 4. Schaffung einer „Wiederaufbau-Gesellschaft“, die den notleidenden aber innerlich gesunden Industrien, Eisenbahnen, Finanzinstituten und landwirtschaftlichen Kreditinstituten gegen taugliche Sicherheiten vorübergehend Vorschüsse leisten soll. Hoover gibt jedoch nicht an, auf eine wie hohe Kapitalgrundlage die Wiederaufbau-Gesellschaft gestellt werden soll, eingehende Preise nennen aber eine Milliarde Dollar, 5. schlägt Hoover eine Erweiterung der bei den Federal-Reserve-Banken diskontfähigen Papiere vor, 6. eine Bankreform, die den Banken die Einrichtung von Zweigstellen und den Beitritt zum Federal-Reserve-System erleichtern soll, 7. eine Hilfsaktion für die Eisenbahnen, denen die Möglichkeit gegeben werden soll, durch geeignete Zusammenschlüsse ihre Betriebskosten herabzusetzen und 8. eine Forderung der Antitrustgesetzgebung, insbesondere zugunsten der Kohlen-, Petroleum- und Holzindustrien.

Weiter empfiehlt Hoover eine gewisse Vereinfachung der Bundesverwaltung und eine gesetzliche Betätigung der Einwanderungsbehörden.

Hoover schloß seine Jahresbotschaft mit den zuverlässigen Worten, daß das auf persönliche Initiative gegründete Wirtschaftssystem auch den Sturm der gegenwärtigen Krise überleben werde.

Oberbürgermeister Dr. Rilla hat weiter vorgeschlagen, daß den Ländern und Gemeinden von der bevorstehenden Umsatzsteuererhöhung nicht nur 30%, wie bisher, sondern 50% überwiehen werden und angeregt auch Verbilligung von Rohle, Kartoffeln und Brot eine zeitlang diese Waren in Deutschland freizusetzen zu befördern.

Zentralausschuß der Reichsbank einberufen.

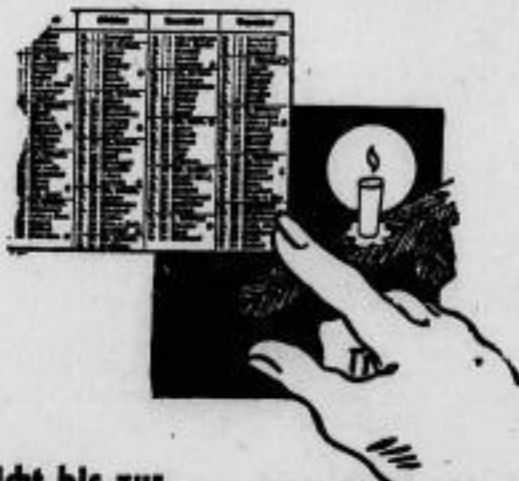
Vor einer Diskontermäßigung.

• Berlin. Der Zentralausschuß der Reichsbank ist auf heute Mittwoch nachmittag einberufen worden. Es ist damit zu rechnen, daß die Reichsbank in Verfolg der Notverordnung mit einer Diskontermäßigung den Weg für die Binsenkung am kurzfristigen Geldmarkt bereiten will.

Zumulte im heftigen Landtag.

• Darmstadt. Im heftigen Landtag wurde in der gestrigen Nachmittagsitzung die Besetzung der Ausschüsse, des Reichsausschusses und der zahlreichen Kommissionen, in denen Landtagsmitglieder vertreten sind, nach Vereinbarung unter den Fraktionen vom Plenum gebilligt. Die Frage der Rechtmäßigkeit des Mandates des aus der Vorweimer Affäre bekannten Abgeordneten Schäfer-Offenbach wurde dem Haushaltsausschuß zur Prüfung überwiehen.

Ein Tumult entstand, als der sozialdemokratische Abgeordnete Steffan eine Erklärung des Inhaltes verlas, daß es für Republikaner eine Zumutung sei, mit den nationalsozialistischen Abgeordneten, die durch die Vorweimer Affäre dem Volk und dem Volkswahl gegenüber aufs schwerste belastet seien, im Hause zusammenzusitzen. Anschließend entspann sich eine zweistündige Auseinandersetzung zwischen Kommunisten, kommunistischer Opposition und Nationalsozialisten über die von diesen drei Parteien eingebrachten spezialisierten Anträge auf Gewährung von Winterbeihilfen an Erwerbslose usw. Die Kommunisten überreichten dazu ein etwa 80 Einzelordnungen enthaltendes Programm. Als ein Zentrumsantrag verlangte, daß die Anträge zunächst im Ausschuß beraten werden sollten, um eine sachliche Behandlung im Interesse der Wohlfahrtserwerbslosen überhaupt zu ermöglichen, schloßen sich die Nationalsozialisten diesem Antrage an, da die letzte halbe Stunde bemerken habe, daß die Kommunisten diese Anträge nur zur Agitation an die Tribüne auszuheben wollten. Von den Kommunisten wurde diese veränderte Stellungnahme der Nationalsozialisten mit lebhaften Zwischen- und Zwischen beantwortet, in die auch die Tribüne einmündete. Als bei der Abstimmung die Anträge dem Ausschuß überwiehen wurden, entstand ein ungeheurer Tumult. Präsident Dr. Werner regte an, daß die Ausschüsse sich sofort konstituierten. Diesem Vorschlag



Nicht bis zur letzten Woche warten!

Wer seine Weihnachtseinkäufe frühzeitig besorgt, erspart sich viel Mühe und Arbeit. Es ist ja auch viel angenehmer, in aller Ruhe zu kaufen. Die ausgesuchten Geschenke gefallen sofort und brauchen nicht mehr umgetauscht zu werden, was meistens der Fall ist, wenn in letzter Stunde überhastet gekauft wird. Wer zeitig kommt, hat die Gewißheit, noch einmal so gut bedient zu werden. Bitte beachten Sie diesen Wunsch unserer Geschäftslente.

stimmte das Haus zu, worauf der Präsident die Sitzung auf Freitag vertagte.

Wie verlautet, haben die Nationalsozialisten am gestrigen Nachmittag die bereits angekündigten Forderungen überreicht. Das Zentrum soll sich Bedenkzeit erbeten haben.

Die Heimkehr des Kreuzers Emden.

• Wilhelmshaven. Der Kreuzer Emden ist Dienstagabend in seinem Heimathafen Wilhelmshaven eingelaufen. Es hatte sich eine vieltausendköpfige Menschenmenge trotz ungünstigen Wetters eingefunden, um den Kreuzer willkommenzusehen. In der dritten Einfahrt ging der Kommandant von Bord an Land und wurde von dem Stationschef Viceadmiral Lilien, dem Befehlshaber der Linienfahrts Konteradmiral Förster, sowie dem Inspektor des Bildungswesens Konteradmiral Schulz, der dem Kreuzer vorausgefahren war, willkommen geheißen. Sodann wurde die Schiffe geöffnet und unter den Klängen der Vordrappelle wurden die Angehörigen von der Menschenmenge stürmisch begrüßt.

Reichspräsident von Hindenburg hatte ein Telegramm an den Kreuzer gerichtet folgenden Wortlautes: „Dem Kreuzer Emden überlebe ich bei der Rückkehr in die Heimat beste Willkommenswünsche.“

Gleichfalls hatte der Chef der Marineleitung, Admiral Raeder, und der Flottenchef telegraphisch seinen Dank für die erfolgreiche Auslandsreise abgestattet.

Bertrauensleutenkonferenz des DAV.

• Leipzig. In einer Vertrauensleutenkonferenz des Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Ortsgruppe Leipzig, sprach am Montagabend das Mitglied des Ringvorstandes und des Wirtschaftsrates Max Kölliger-Berlin zu dem Thema: „Wieder gegen die Massen durch Lohnabbau, Sozialreaktion und Wirtschaftsverblöndung.“

In seinen Eingangserklärungen über die Vorgeschichte betonte der Redner, daß die Beratung des Wirtschaftsbeirats von diesen Seiten nicht als erforderlich angesehen worden, sei, da bereits eine über jahrelange Erfahrungen verfügende Institution, der Reichswirtschaftsrat, bestehe. Weiter verbreitete sich der Referent in einzelnen über verschiedene Gebiete des Wirtschaftslebens im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse und erklärte dann u. a. daß die bevorstehende Notverordnung, über deren Inhalt diesmal strengstes Stillschweigen bewahrt worden ist, wieder gegen die Massen marschieren werde, insbesondere deshalb, weil die von der Reichsregierung im Anschluß an die Beratungen des Wirtschaftsbeirates formulierten Vorschläge nicht geeignet seien, diese Befürchtungen zu zerstreuen. Anstatt die grundsätzliche Behandlung der künftigen Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Ziele zu nehmen, seien die Beratungen in den Tagesfragen festgenagelt. Die Arbeitnehmer hätten in der Schlusssitzung klar zum Ausdruck gebracht, daß sie den Vorschlägen in keiner Weise zustimmen könnten. So wents die Frage Preis und Lohn in der Ausschusssitzung habe geklärt werden können, so wenig könnte den Arbeitnehmern die Behandlung dieser Fragen in den Vorkonferenzen. Der auf dem Arbeitnehmer heute schon lastende Lohnabbau würde ignoriert. Gegenüber dem Preisabbau komme der seit Jahresfrist durchgeführte Lohnabbau in keiner Statistik zum Ausdruck. Die Arbeitgeberseite glaube, durch fortlaufend betriebenen Lohn- und Gehaltsdruck die Wirtschaft wieder in eine Konjunkturphase zwingen zu können und lasse dabei die dadurch entstehende Schrumpfung des Inlandsmarktes außer Betracht. Die soziale Reaktion erkläre immer wieder, daß heutige Kaufkraftniveau des deutschen Arbeitnehmers sei noch hoch genug, um Kürzungen für das Ganze ohne Schaden ertragen zu können. Die noch notwendige Senkung der Lebenshaltungskosten dürfe nur durch gleichzeitigen Abbau von Preis und Lohn durchgeführt werden. Erfolg könne dieser Bemühung aber auch nur gesichert sein, wenn grundsätzlich eine Umkehr auf den Gebieten der Lohn- und Agrarpolitik eingeleitet werde. Darüber hinaus müsse die Verbilligung der Lebenshaltung der breiten Masse durch eine ständige Preisentwertung ergänzt werden. Der soziale Schutz des Staates solle den Arbeitnehmern überhaupt entzogen werden. Die Wirtschaft leiste aber unter Verleugnung des Wirtschaftsgedankens immer wieder nach der Hilfe des Staates. Während die deutsche Wirtschaft auf den Bedarf von 1931 eingestellt sei, verlange man vom Staat, das gesamte sozialpolitische Niveau und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter auf den Stand von 1900 zu senken. Dieser egoistischen Gruppenpolitik müsse der Staat mit dem Ziel entgegenwirken, eine nach wirklich volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten organisierte Wirtschaft zu gestalten. Die von der Entwicklung gestellte Aufgabe sei, die deutsche Wirtschaft durch einen auf weite Sicht gestellten Wirtschaftsplan zu retten, der die uns allen

aufgelegten Opfer tragbar erscheinen lasse. Das Gefühl der gerechten Verteilung der Krisennot werde die Regierung dem Arbeitnehmer nur vermitteln, wenn ihre Politik auf die Erhaltung des jetzigen Niveaus der Kaufkraft und ihre mögliche Stärkung gerichtet ist. Wenn infolge einer solchen Politik sich die Notwendigkeit der Anpassung von Lohn und Gehalt an ein verändertes Preisniveau ergebe, dann werde der Arbeiter beweisen, daß er nur an der Kaufkraft und nicht an der nominalen Höhe von Lohn und Gehalt interessiert sei.

Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat fand eine kurze Aussprache statt.

Ruhig Blut.

Von Universitätsprofessor Dr. Bredt, M. d. R.,
Vorsitzendem der Wirtschaftspartei.

Von diesen wirtschaftsparteilichen Kreisen werden wir um Veröffentlichung des folgenden Artikels gebeten: Es ist kein Zweifel, daß die Unruhe und Nervosität, die unser deutsches Volk erfährt, auch schon auf den Mittelstand übergegangen ist. Die Abstimmung der Reichstagsfraktion erregt noch immer großes Mißfallen bei einzelnen Parteifreunden, die in Reden und Aufsätzen den Standpunkt vertreten, es müsse mit diesem ganzen System Schluss gemacht werden. Es ist leider nur allzu verständlich, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten zu solchen Folgerungen führen. Es heißt aber auch da, ruhig Blut zu behalten und zuerst überlegen, ehe man handelt.

Es scheint außerordentlich schwer zu sein, dem deutschen Volke eine sehr einfache politische Tatsache verständlich zu machen, daß man nämlich zwar mit Hilfe der Kommunisten eine Regierung führen kann, daß man aber nicht mit Hilfe der Kommunisten eine Reichsregierung bilden kann. Das war der Rechenfehler beim preußischen Volksentscheid und das war auch der Rechenfehler bei der Dazburger Tagung. Was wäre geworden, wenn die Wirtschaftspartei die Regierung Brünning zu Fall gebracht hätte? Jedes Reichsministerium, das man etwa gebildet hätte, wäre am folgenden Tage wiederum mit Hilfe der Kommunisten gestürzt worden. Das Schlimmste aber, was dem deutschen Volke passieren könnte, wäre ein Zustand der Anarchie, denn das ist gleichbedeutend mit dem Verlust jedes Vertrauens, das dem deutschen Volk nach innen und außen heute mehr not tut denn je.

Wenn allerdings das Zentrum sich bereit fände, zusammen mit den Nationalsozialisten eine Regierung zu bilden, dann läge die Dinge anders. Da aber der Zentrumsführer Raas die bestimmte Erklärung abgab, daß dies nicht der Fall sei, blieb der Wirtschaftspartei gar nichts anderes übrig, als das gegenwärtige Kabinett zu halten.

Die Entscheidung lag in letzter Linie überhaupt nicht bei der Wirtschaftspartei, sondern beim Zentrum!

Ehe wir daran denken können, eine Reichsregierung zu bilden, ist auch noch ein Weiteres vonnöten: man muß wissen, was diese Reichsregierung denn eigentlich will. Bisher hat man weder von Herrn Eugenberg, noch von Herrn Dittler etwas gehört, das nach einem Programm ausläßt. Wir wollen aber doch wissen, wie denn nun diese Herren die Finanzlage bessern, und vor allem, wie sie denn nun das allerschlimmste Übel, die Arbeitslosigkeit, beheben wollen. Mit großen Versammlungen und StraßenDemonstrationen ist hier nichts geschafft. Auch die vielen Reden über den Youngplan nützen hier nichts, denn das Hooverjahr hat uns offensichtlich keine Erleichterung gebracht. Was soll aber werden, wenn an diesem noch innere Unruhen hinzukommen, die bei einem Sturz der Regierung Brünning nicht ausbleiben können?

Für den Mittelstand kommt alles darauf an, daß er die Illusion nicht ins Korn wirft, sondern daß er mit aller Macht versucht, seine Interessen wirkungsvoll zu vertreten.

In der letzten Nummer des „Grundbesitzers“ vom 20. November 1931 finden wir auf Seite 1318 einen großen Artikel über Brünning und schließlich den Satz: „Es gibt eben niemand im Reichskabinett, der praktischen Verständnis für die Wohnungsnotwendigkeit besitzt!“ — Demgegenüber möchten wir heute einmal fragen: Hat es nicht einmal im Kabinett Brünning einen Minister gegeben, der sich wenigstens bemühte, Verständnis für die Wohnungsnotwendigkeit zu haben? Und haben die Männer, die am lauesten verlangten, der Minister solle so schnell als möglich zurücktreten, dem „Grundbesitzer“ so ganz fern geblieben? (Namen tun hierbei nichts zur Sache.)

Man kann nicht ununterbrochen gegen eine Regierung Sturm laufen, ihren Sturz betreiben, und dann annehmen, diese Regierung werde bereit sein, Entgegenkommen zu zeigen. Man muß wissen, was man will und sich dann nicht immer wieder aus der Ruhe bringen lassen. Ganz gewiß ist Herr Brünning nicht unser Ideal (von den übrigen Ministern im Kabinett wollen wir lieber ganz schweigen), aber schlimmer noch als alles wäre der Sprung ins Dunkle gewesen.

Eines allerdings muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden: Herr Brünning soll nicht denken, der Mohr habe seine Schuldigkeit getan und könne nun gehen. Wir verlangen keine kleinen Gefälligkeiten von ihm und haben auch keine solchen Bedingungen gestellt. Aber wir verlangen eine Gesamtpolitik, die mit unseren Grundfragen vereinbar ist!

Wir vertreten die Interessen des Mittelstandes nicht deshalb, weil wir Vorteile für uns heranzuföhren wollen, sondern weil wir einen gesunden und fröhlichen Mittelstand für eine der Hauptbedingungen für den Weiterbestand des ganzen deutschen Volkes ansehen! Möge Herr Brünning wohl bedenken, daß wir es noch einmal mit ihm versucht haben, daß aber ein Schweigen seinerseits von uns als eine Abfolge von ihm gedeutet werden würde!

Letzte Funkpruch-Redungen und Telegramme

vom 9. Dezember 1931.

Aufnahme der Tätigkeit Dr. Gerdeler.

W e r l i n. (Funkpruch.) Wie wir erfahren, wird Oberbürgermeister Dr. Gerdeler seine Tätigkeit als Freikommissar bereits in den nächsten Tagen beginnen. Er wird sich zunächst von Berlin aus ausüben. Es ist aber möglich, daß er sie später, wenn die erste und schwierigste Hauptarbeit getan ist, auch in Leipzig fortzuführen kann. Deshalb behält Dr. Gerdeler auch seinen Posten als Leipziger Oberbürgermeister bei.

Der Beginn des Weihnachtsurlaubes.

W e r l i n. (Funkpruch.) Die neue Notverordnung verleiht in Teil 8 zur Wahrung des Weihnachtsurlaubes bis zum 8. Januar 1932 alle öffentlichen politischen Versammlungen und Kundgebungen. Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß dieses Verbot bereits heute in Kraft tritt, und daß danach auch alle angemeldeten und genehmigten öffentlichen politischen Versammlungen unter dieses Verbot fallen, und heute schon nicht mehr stattfinden dürfen.

Todesstrafe gegen Adolfs Beantung.

W e r l i n. (Funkpruch.) In der heutigen Vermittlungsverhandlung gegen den 33-jährigen Johann Adolfs, der dem Reichspräsidenten Adolf auf einer Fahrt nach Pörsch bei Potsdam von hinten erschossen hat, um ihn zu berauben, beantragte der Oberstaatsanwalt Todesstrafe

wegen Mordes und haneubden Verleug der bürgerlichen Ehrenrechte.

Waffenwangebestellungen von Nationalsozialisten in Wuppertal.

W u p p e r t a l. (Funkpruch.) Im Laufe des Dienstes zeigten sich an den verschiedenen Stellen der Stadt Nationalsozialisten einzeln oder in kleinen Trupps in voller Uniform mit der offensichtlichen Absicht, sich nach vorgelegtem Plan über die Verordnungen des Oberpräsidenten hinwegzusetzen. Im ganzen wurden rund 100 uniformierte Nationalsozialisten erwischt. Soweit sie von dem Angebot der Polizei, sich Zivilkleider zu verschaffen, Gebrauch machten, wurden sie nach Befriedigung ihrer Verordnungen entlassen. Der Rest, der diese Aufforderung ablehnte, wurde erst im Laufe der Nacht auf freien Fuß gesetzt.

Reichstagsabgeordneter stirbt vom Schlangenfall betroffen.

M ä n c h e n. (Funkpruch.) Wie der „Bayerische Beobachter“ aus Raumburg an der Saale meldet, hat der Reichstagsabgeordnete Stör während einer Versammlung einen leichten Schlangenfall erlitten. Es trat vorübergehende Sprachlosigkeit und rechtzeitige Ermüdung ein. Lebensgefahr besteht nicht.

Drei Kinder beim Eislauf ertrunken.

W i e n. (Funkpruch.) Bei Gmünd in Niederösterreich brachen sechs Kinder, die auf einem Teich Schlittschuh liefen, ein. Drei von ihnen wurden gerettet, drei sind ertrunken.

Schließung der Universität Belgrad.

B e l g r a d. (Funkpruch.) An der hiesigen Universität sind gegen das jetzige Regime Studentenunruhen ausgebrochen, in deren Verlauf einzelne Gruppen für die Republik demonstrierten. Der Rektor hat hierauf die Schließung der Universität angeordnet.

Die Geheimnisse des Rudolfses.

Die Cambridge-Expedition aus Ostafrika zurückgekehrt.

Die Unternehmung der Seen Okavango landete die Universität Cambridge eine besondere Expedition aus, die soeben zurückkehrte. Zum ersten Male wurde der bisher noch völlig unbekannte Rudolfssee untersucht, der im Norden der englischen Kolonie Kenia liegt, in seinem nördlichen Teil nach Westafrika hinragt und im Nordwesten die Grenze zum englisch-ägyptischen Sudan bildet. Dieser See wurde mit Hilfe eines großen Bootes, das einen Außenbordmotor besaß, befahren. War man bisher der Überzeugung, daß der See im westlichen einen Sumpf darstellt, so weiß man jetzt, daß diese Annahme irrig war, denn er ist ein Binnensee, der an einigen Stellen über 200 Meter tief ist. Er ist auch nicht salzhaltig, ebenso wenig wie die anderen ostafrikanischen Seen, was man heute noch in fast allen geographischen Büchern lesen kann, sondern enthält Süßwasser, wie unsere europäischen Binnenseen. Während das Wasser aller anderen ostafrikanischen Seen aber wohlgeförmlich ist, schmeckt das des Rudolfses nach Soda und Seife.

Witten im Rudolfssee liegt eine Insel. Als Dr. G. V. Worthington, der Führer der Cambridge-Expedition, mit seinen Freunden diese Insel zum ersten Mal betrat, erstaunte er nicht wenig, auf diesem scheinbar kleinen See zu entdecken, der sich bei näherer Untersuchung als vulkanischer Krater herausstellte. Messungen ergaben eine Tiefe von 500 bis 600 Fuß. Noch größer war die Ueberzeugung der Forscher, als sie im Norden der Insel riesige Protobillen antrafen, die beim Annähern der Expedition sich vollkommen ruhig verhielten. Die Protobillen sind an sich äußerst seltene Tiere, die sich sofort ins Wasser stürzen, wenn sich ihnen ein Mensch nähert. Das Verhalten der Riesenprotobillen im Rudolfssee beweist, daß ihnen der Anblick der Menschen und die Gefahren, die ihnen durch die Menschen drohen, fremd bleiben. Bei anderen Anlässen mußten die Forscher den Protobillen schwere Steine auf die Köpfe werfen, um sie zu veranlassen, sich aus dem Wasser zu bewegen, um sie zu fotografieren zu können. Auf dieser Insel mitten im Rudolfssee befindet sich auch ein heute noch aktiver Vulkan.

Im Norden des Sees entdeckten die Forscher einen äußerst merkwürdigen Volksstamm, der bisher in der Weltkarte noch ganz unbekannt ist. Die Eingeborenen führten der Expedition ganz primitive Längs auf, die lediglich in Kuffsprüngen bestanden und in einigen Fällen Tierbewegungen nachmachten. Tageslang saßen diese Eingeborenen ausgebreitet, wenigstens auffallend gut, obwohl sie über keinerlei musikalische Instrumente verfügten. Der Frau des Expeditionsleiters Worthington gelang es, einige dieser wieder festzuhalten, jedoch unsere Musikfreunde demühten sich in der Lage verfehlt sind, sich mit ihnen vertraut zu machen. Geopolitisch interessant ist schließlich die Tatsache, daß die Fische des Rudolfses ihrer Art nach völlig die gleichen sind, die wir in den Flüssen des oberen Nil bereits kennen. Nähere Untersuchungen ergaben denn auch, daß der Rudolfssee einen Ausfluß besaß, der südlich von Chartum in den Weißen Nil mündete.

Das Licht im Hochgebirge.

Seine Heilwirkung.

Es. Das Hochgebirge ist in der letzten Zeit immer mehr als idealer Winterkurort anerkannt worden, denn es besitzt ein Kleiklima, das die stützenden und heilenden Kräfte im menschlichen Körper besonders anregt. Daher kommt auch der große Wert des Winterkurorts im Hochgebirge. Der wichtigste Heilfaktor im Hochgebirgsklima ist aber das Licht, wie Dr. Oskar Bernhard im neuesten, der Heilwirkung des Winters besonders gewidmeten Heft der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ hervorhebt. Neben dem Hochgebirge gehören zu den bevorzugtesten Klimaten die See, die Wüste und die Steppe. Aber die Wüste hat den Nachteil einer meist sehr hohen Lufttemperatur und einer Verunreinigung der Luft durch aufgewirbelten Sand. Beim Seeklima ist neben dem Salzgehalt der Luft die Lichtwirkung von größter Bedeutung. Beim Hochgebirge aber wird die Strahlung durch die trockene, klare, rauch- und staubreie Luft außerordentlich begünstigt. Dazu kommt der große Gehalt der Hochgebirgssonne an den heute als so wirksam erkannten ultravioletten Strahlen. Die zahlreichen Lichtmessungen im Hochgebirge, die in letzter Zeit vorgenommen wurden, haben bewiesen, daß das Licht im Hochgebirge der Alpen dem der See, der Wüste und der Steppe überlegen ist. Immer mehr erkennt man, daß die Stärke der Sonne der wichtigste Faktor für eine Kuratur im Hochgebirge ist. Was die Sonneneindauer andelant, so weiß das Hochgebirge erheblich höhere Werte auf als räumlich nicht weit entfernte Orte der Ebene. So hat man zum Beispiel während einer 25-jährigen Beobachtung in St. Moritz auf einer Höhe von 1858 Metern über dem Meer 1857 Stunden Sonnenschein im Jahre festgestellt, dagegen in Zürich 411 Meter über dem Meer nur 1576 Sonnenstunden. Für die sechs kürzesten Monate Oktober bis April ergaben sich für St. Moritz 700 Sonnenstunden gegenüber 658 in Basel und 800 in Hamburg.

Besonders auffällig ist für jeden, der aus der Ebene kommt, die mächtige Wärmemenge, die die Sonne

in den Bergen namentlich im Winter spendet. Wie kaum der Tiefenländer, wenn er auf 1800 Meter Höhe bei größter Winterkälte Leute in der Sonne fast nach Sport treiben oder in einer Sonnenkiste sanfte und fröhliche Kinder nach auf den Terrassen in munterer Unterhaltung oder im Freien bei frühlichem Spiel sieht! Wie eine meteorologische Wertmaßigkeit hat man im Hochgebirge im Winter die sog. „Temperatur-Umkehr“ beobachtet, indem nämlich, während die Bergtäler und selbst die höchsten Gipfel in wärmere Luft getaucht sind, die kalte Luft in die Täler abfließt, wo sie sich zu Raststätten sammelt. Es ist also im Gegenteil zu allen sonstigen Erfahrungen im Hochgebirge auf den Höhen wärmer als im Tal. Ähnlich wie in Bezug auf die Wärmestrahlung verhält es sich mit der Intensität des Sonnenlichts. Man hat in den Monaten November und Dezember auf dem Bernina-Golvis eine 12-16fache Lichtintensität gegenüber Wien, für die Monate Dezember, Januar und Februar fast dreimal verstärkte Lichtmengen festgestellt. Ein Vergleich zwischen Davos und Kiel ergab, daß Davos im Winter eine viermal, im Sommer eine zweimal so starke Belichtung aufweist. Damit tritt uns die so oft gepriesene Klarheit und Lichtfülle des Hochalpen-Winters zahlenmäßig in aller Deutlichkeit entgegen. Das Tageslicht wird im Hochgebirge im Winter noch erheblich durch den Reflex von Eis und Schnee verstärkt. Dies ist auch bei der ultravioletten Strahlung der Fall, die bei hochstehender Sonne durch den Reflex verdoppelt wird. Die Stärke des ultravioletten Lichts im Hochgebirge kann man besonders anschaulich an der Bräunung der Haut erkennen. Schon der französische Meisteschriftsteller Bourrit schrieb im Jahre 1782 von den Hirten Graubündens, sie seien „so schwarz vor Kälte wie die Ägypter vor Hitze.“ Tatsächlich sehen Bergbewohner, die fast den ganzen Tag im Freien verbringen, fast negerhaft aus. Diese intensive Bräunung wird eben durch die außerordentliche Kraft der ultravioletten Strahlen hervorgerufen. So ist durch die Lichtmessungen zahlenmäßig bewiesen worden, was man durch die Erfahrung schon lange wußte, daß sich für die Sonnenlichtbehandlung am besten hochgelegene Gebirgsgegenden eignen und zwar, wegen des günstigen Einfallswinkels der Strahlen, in erster Linie die nach Süden abfallenden Berghänge. Das Licht des Hochgebirges wird mehr als gewaltiger Heilfaktor erkannt.

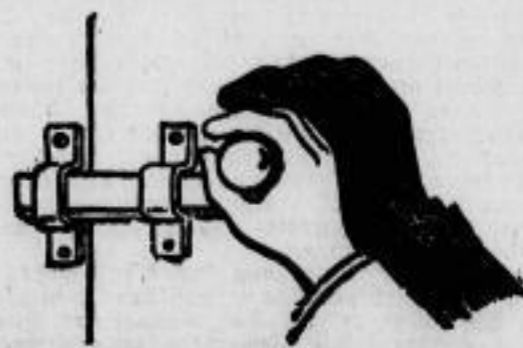
Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

Getreide und Cerealien pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark

	8. Dezember	9. Dezember
Weizen, märkischer	217,00—219,00	215,00—217,00
per Oktober	—	—
per Dezember	229,00	228,50—227,50
per März	239,00	238,50—237,00
Tendenz:	ruhig	matt
Weggen, märkischer	194,00—197,00	192,00—195,00
per Oktober	—	—
per Dezember	202,00	202,00—201,00
per März	211,00	210,00—208,75
Tendenz:	ruhig	matt
Gerste, Braugerste	154,00—165,00	152,00—154,00
Ruttler- und Industrieernte	149,00—153,00	147,00—151,00
Wintergerste	—	—
Tendenz:	matt	matt
Oseer, märkischer	134,00—142,00	134,00—142,00
per Oktober	—	—
per Dezember	153,50	151,00
per März	160,00	158,00—155,75
Tendenz:	ruhig	ruhig matt
Weizen, rumänischer	—	—
Blata	—	—
Tendenz:	—	—
Weizenmehl per 100 kg, fr. Berlin, dr. incl. Sad (feinste Marken über Notia)	27,50—31,75	27,50—30,50
Weggenmehl per 100 kg, fr. Berlin, dr. incl. Sad	26,75—29,75	26,50—28,50
Weizenkleie frei Berlin	9,80—10,25	9,80—10,20
Weggenkleie frei Berlin	10,25—10,75	10,25—10,75
Weizenkleie-Relasse	—	—
Raps	—	—
Reinlaot	—	—
Viktoriaerbsen	23,00—30,00	23,00—30,00
Reine Speiserbsen	24,00—27,00	24,00—27,00
Futtererbsen	17,00—19,00	17,00—19,00
Beluschten	17,00—19,00	17,00—19,00
Kiderohnen	16,50—18,00	16,50—18,00
Widen	17,00—20,00	17,00—20,00
Lupinen, blaue	11,00—12,50	11,00—12,50
gelbe	13,00—15,00	13,00—15,00
Serabella, neu	—	—
Rapskuchen, Basis 33%	—	—
Reinkuchen, Basis 37%	12,40—12,80	12,20—12,40
Trodenschnitzel	6,10—6,30	6,10—6,30
Soya-Extraktionskuchen, Basis 45%	—	—
Rastoffkuchen	12,40—12,60	12,50—12,70
Speisefarbstoff	—	—
Allgemeine Tendenz:	ruhig	abgeschwächt

Wenig Bedarfssteigerung.

Das Inlandsangebot von Brotgetreide war keineswegs dringlich, und die Forderungen lauteten wenig verändert. Am Promptmarkt waren die Verkäufer aber bei Geboten, insbesondere für Weizen, zu Preiskonkessionen im Rahmen von einer Mark bereit. Am Dieseltmarkt lagte Weizen eine halbe Mark, Roggen bis eine Mark niedriger ein, jedoch waren auch hier die Abschläge sehr gering. Weizen- und Roggenmehle werden nach wie vor nur für den täglichen Konsumbedarf aufgenommen. Oseer und Gerste sind ausreichend am Markt, da die Gebote des Konsums aber wieder niedriger lauten, entwickelt sich nur wenig Geschäft. Der Oseerlieferungsmarkt lagte in der Rücksicht zwei Mark schwächer ein. Weizen- und Roggenexporte lagen ruhig bei wenig veränderten Preisen.



Schieben Sie den Riegel vor

wenn Sie merken, daß Ihr Umsatz nachläßt! Die Anzeige in Riosser Tagblatt ist der starke Riegel gegen Kundenverlust

Zeitliches und Sächliches.

Miela, den 9. Dezember 1931.

Wahlen zum Landesgesundheitsamt. Als außerordentliches pharmazeutisches Mitglied des Landesgesundheitsamtes ist Apotheker Stier in Chemnitz und als dessen Stellvertreter Apotheker Tschuschner in Chemnitz für die Jahre 1932/33 gewählt worden. Für die gleiche Zeitdauer sind Sanitätsrat Dr. med. Bernhard Runge in Freiberg zum außerordentlichen Mitglied der 1. Abteilung des Landesgesundheitsamtes und Dr. med. Paul Wuerbach in Reichen zum Stellvertreter gewählt worden.

Landtagsanträge. Die wirtschaftsparteiliche Landtagsfraktion weist in einem Antrag auf Preisermäßigungen hin, wonach zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und den Reichsdeutschen Staatsbahnen Verhandlungen stattgefunden haben, die einen Verkauf der im Besitz der Deutschen Reichsbahn befindlichen Eisenbahnlinie Jittau-Weichenberg bezwecken. Die Regierung soll ersucht werden, ihre Vertreter bei den zuständigen Reichsstellen und in den Organen der Reichsbahn-Gesellschaft anzuweisen, sich dafür einzusetzen, daß eine derartige Verkaufserklärung deutschen Volksvermögens unterbleibt. Ein kommunistischer Antrag will die Regierung beauftragt wissen, entschieden gegen die neue Reichsnotverordnung Stellung zu nehmen und in Sachen diese Notverordnung nicht zur Durchführung zu bringen.

Unveränderte Arzneitage 1932. Wie die Wohlfahrts-Korrespondenz mitteilt, hat das Reichsministerium des Innern in diesem Jahre aus Gesundheitsgründen von einer Einberufung der großen Kommission zur Beratung der Arzneitage, die ab 1. Januar 1932 in Kraft treten soll, abgesehen. Es hat sich darauf beschränkt, in einer Vorrede, an der Vertreter des Reichsgesundheitsamtes, des Deutschen Apotheker-Vereins und der Krankenkassen teilnahmen, Änderungen der Preisliste der Arzneimittel in der Arzneitage zu erörtern. Die Deutsche Arzneitage 1932 wird also abgesehen vom Spezialitätsausdruck grundsätzliche Änderungen nicht bringen. Großenhain. Einen Keimfall erlebte ein auswärtiger Handwerker, welcher hier auf der Durchreise sein Fahrrad zur Reparatur gab. Dieses Fahrrad wurde vom Besitzer der Werkstatt als ein vor etwa drei Jahren in Foltern einem dortigen Einwohner gestohlenes Rad festgestellt und von der Kriminalpolizei gefordert. Der Handwerker, der angab, das Fahrrad vor einigen Jahren in Söngersbrunn gekauft zu haben, mußte nun seine Keise auf Schusters Rappen fortsetzen.

Leisnig. Nach der Goldene die Grüne Hochzeit. Der Rentner und frühere Besitzer des Restaurants „Forkhaus“ in Leisnig Ernst Richter, der jetzt in Sörnewitz lebt, hat sich am Sonntag im Alter von 82 Jahren wieder verheiratet, nachdem er mit seiner verstorbenen ersten Gattin bereits die Goldene Hochzeit gefeiert hatte. Richter, der geachtet ist und im Volkstum gefahren werden muß, hat seine bisherige treue Ehegattin geheiratet, um nicht seinen Lebensabend bei ihm fremden Personen verbringen zu müssen.

Dresden. Die 400-prozentige Bürgersteuer. Der Rat zu Dresden veröffentlicht nunmehr den Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Dresden, wonach für das Rechnungsjahr 1931 (1. 4. 1931 bis 31. 3. 1932) von allen Personen, die am 10. 10. 1931 20 Jahre alt waren, eine Bürgersteuer in Höhe von 400 Prozent des Landesbesitzes erhoben wird. Die Steuer richtet sich nach der Höhe des Einkommens im Jahre 1930. Die Steuer beträgt für Einzelpersonen unter der einkommensteuerfreien Grenze 12 Mark, über der einkommensteuerfreien Grenze bis 4500 Mark 24 Mark, von 4501 bis 6000 Mark 36 Mark, von 6001 bis 8000 Mark 48 Mark, von 8001 bis 12000 Mark 72 Mark. Die Höhe für Einkommen bis zu 500000 Mark sind von 96 Mark bis 4000 Mark gestaffelt. Für Einkommen über 500000 Mark ist eine Steuer von 800 Mark zu entrichten. Für die Ehefrau tritt ein Zuschlag in Höhe von 50 Prozent hinzu. Für die Bewohner des Gutsbezirks Dresden-Albertstadt beträgt die Steuer 300 Prozent des Landesbesitzes.

Dresden. Ausschussung der Deutschnationalen Dresdens. Der große Ausschuss der DNVP, Bezirksverband Dresden, trat am Montag zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Der Vorsitzende, Schriftsteller Gurausch, nahm zuerst Stellung zu der Parteiverträter-Tagung in Berlin und zu den Ausführungen, die der Parteiführer, Geheimrat Hugenberg, dort gemacht hatte. Gurausch schloß dem eine Betrachtung über die Verhältnisse in Sachsen und im besonderen in Dresden an. Im Anschluß an diese Darlegungen beschäftigte sich der große Ausschuss mit dem Volksbegehren auf Landtagsauflösung in Sachsen und mit der Dresdener Volkshochschule, um die der Kampf weitergeht. Bei dieser Gelegenheit erwähnte der Ortsgruppenvorsitzende einen neuen Fall: Der zweite Bürgermeister der Stadt, der Sozialdemokrat Bährer, habe danach seine Befugnis als Vorstand des Finanzamtes der Stadt in sehr eigenartiger Weise gebraucht. Als Vorsitzender eines sozialistischen „Vereins für gymnastische Körperbildung“ habe er in seiner Eigenschaft als Finanzamtsvorsteher diesem Verein eine Beihilfe von 1000 Mark zukommen lassen. Nach Erörterung kulturpolitischer Fragen wurde gegen die Einbürgerung eines jüdischen Mädchens als „Wohnnachwärtin“ im Staatlichen Schauspielhaus Stellung genommen.

Dresden. Das Opfer einer Unflut. Am Dienstagvormittag rutschte auf der Rosenstraße ein 64 Jahre alter Schlosser auf einer weggerollenen Bananenschale aus und kam so schwer zu Fall, daß er sich erhebliche Verletzungen zuzog. Er mußte dem Friedrichshäuser Krankenhaus zugeführt werden.

Dresden. Lebensmüde. Am Montagabend wurde ein auf der Ritterstraße in der Lehre stehender 18 Jahre alter Schmiedelehrling dabei betroffen, wie er mit Hilfe von Leuchtgas aus dem Leben scheiden wollte. Außerdem hatte er sich am linken Handgelenk einen Schnitt beibringt. Er wurde dem Stadtkrankenhaus Lößtauer Straße zugeführt. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Dresden. Freitod in der Gefangenanstalt. In seiner Zelle im Strafgefängnis der Georg-Vöhrstraße erhängte sich der 26 jährige Maurer Kurt Lamm. Lamm befand sich längere Zeit in Untersuchungshaft und wurde wegen Sittlichkeitsvergehen in der Dresdener Heide zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er stand kurz vor seiner Entlassung. Da er keinem Menschen angedrückt, dürfte der Schritt aus Verzweiflung vor der Zukunft erfolgt sein.

Ramenz. Beim Wildern ertragt. In der Nähe von Jesau wurden am Sonntag nachmittag vier Einwohner benachbarter Dörfer von Gendarmen beim Wildern überfallen. Die Fanggeräte und getöteten Kaninchen wurden ihnen abgenommen.

Altendorf. Aufhebung des Amtsgerichts. Am 1. Januar 1932 wird gemäß der sächsischen Notverordnung vom 22. September d. J. das Amtsgericht Altendorf aufgehoben werden. Die Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks werden teils dem Amtsgericht Lauenstein, teils dem Amtsgericht Dippoldiswalde zugeordnet werden.

Waggen. Opfer des Verkehrs. Am Montag nachmittag fuhr auf der Wöhrer Straße der in Waggen wohnhafte 40 Jahre alte Gutsbesitzer Rudolph mit seinem Motorrad infolge Reifenschnitts gegen einen Straßenbaum.

Muhlaber erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Leisnig. Der Stadtmonarch verfehlt nicht mehr. Am Sonnabend hat der Stadtmonarch, der den Verkehrsmitteln der Stadt und dem oberen Rathaus vermittelte, seine Fährten einziehen müssen, da die Benutzung der Fährgelegenheit an mündigen Männern liegt.

Leisnig. Bei Leisnig. Im Bezirk Leisnig verunfallt. Der Kauschlächter Frauenhof in Leisnig ist beim Schlachten aus und fiel so unglücklich auf eine Schindelfaule, daß ihm die Rippen eingeklemmt wurden und er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Leisnig. Schwere Gasexplosion in Leisnig. Mähle. Am Montag nachmittag erfolgte in der Schindelfaule in Leisnig-Mähle eine heftige Detonation. In einem Villenrundbau war die Gasabfuhrleitung, die durch den Vorgarten in den Keller führt, unglücklich geworden. Als die 28 Jahre alte Hausanwerterin Emma Wehler den Keller betrat, um die dort befindliche Zentrale der Dampfheizung zu bedienen, löste sich ein Gas aus dem Boden aus und entzündete sich, wodurch die Anwerterin nicht unerhebliche Verbrennungen im Gesicht und an den Händen davontrug. Das austretende Gas hatte mit der Luft ein hochexplosives Gemisch gebildet, das sich an der Ofenklammer entzündete. Die Explosion war so gewaltig, daß die Kellerdecke zertrümmert wurde und sämtliche Treppenaufgänge bis zum dritten Stockwerk in Stücke gingen. Die Gasüberreste wurden weit weg geschleudert. Einen Augenblick war das ganze Haus in eine dicke Rauchwolke gehüllt. Ein durch die Explosion entzündeter Brand konnte bald gelöscht werden. Die Schadhafte Stelle der Gasleitung wurde im Vorgarten gefunden und nach Aushebung eines Schachtes abgedichtet. Die verletzte Hausanwerterin wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Leisnig. An den Folgen eines Straßenbahnunfalls verstorben. Dienstag früh gegen 1,25 Uhr wurde vor dem Grundstück Lindener Markt 14 ein unbekannter Mann von einem Motorwagen der Straßenbahnlinie 15 erlitten und zu Boden geworfen. Er hat einen Schädelbruch erlitten und ist kurz nach Einlieferung in das Diakonissenhaus an den Folgen des Unfalls verstorben. Er hatte bei sich eine Geldbörse mit 344 RM.

Leisnig. Auto-Zusammenstoß. Am 8. Dezember vormittags hat ein Verlonenstrafwagen, der von Halle kam, auf der Staatsstraße in Wilschener Flur einen ihm entgegenkommenden Verlonenstrafwagen getroffen. Die Stoßkraft wurde losgerissen und flog etwa 100 Meter weit fort. Somit ist dieser Wagen unbeschädigt geblieben, während der von Halle kommende aus der Fahrtrichtung geriet und in den Straßengraben lud. Hier kam er mit der Rückwand in den Graben zu liegen. Die Insassen und der Fahrer erlitten schwere Schädelverletzungen und wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Wagen ist vollständig demoliert. Ein im Augenblick des Unfalls aus Leisnig kommender Verlonenstrafwagen überholte einen Radfahrer, der, wahrscheinlich durch das sich vor ihm abspielende Unglück verwirrt, kurz vor dem Radfahrer erlitt so schwere Schädelverletzungen, daß er ebenfalls ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Mittweida. Festgenommene Wilderer. Der Polizei gelang es, einen gefährlichen Wilderer, sowie zwei seiner Helfer festzunehmen. In seiner Wohnung fand man verschiedene Wildererwaffen, Waffen usw.

Chemnitz. Organisationskongress der Wirtschaftspartei Westsachsens. Der Organisationsauschuß des Wahlvereins der Wirtschaftspartei tagte am Sonntag in Chemnitz in Anwesenheit der Reichs- und Landtagsabgeordneten des Wahlkreises und der Chemnitzer Stadtverordnetenfraktion. Es wurde ein engerer Ausschuss gebildet, der die Aufgabe hat, die Ausführenden durchzuführen.

Chemnitz. Todessturz aus dem Fenster. Am Dienstag mittag stürzte im Hause Wilschenerstraße 8 die mit Fensterputzen beschäftigte Frau Kunath infolge eines Schwindelanfalles aus dem ersten Stockwerk in den Hof; sie wurde in schwerem Zustand nach dem Krankenhaus gebracht, wo sie in kurzer Zeit verstarb.

Chemnitz. Güterwagen-Einbrecher festgenommen. Die Kriminalpolizei nahm einen in Chemnitz wohnhaften 19-jährigen Döbler fest, der auf dem Produktenbahnhof in 12 Fällen Güterwagen erbrochen, daraus Fischkonserven, Butter usw. entwendet und außerdem von einem Lastwagen 15 Fässer Fischkonserven gestohlen hat. Ein Teil des Diebesgutes konnte wieder erlangt werden. — Ferner wurden drei in der Schloßporstadt wohnhafte junge Männer im Alter von 22, 23 und 24 Jahren festgenommen, weil sie aus unbeaufsichtigten Kraftwagen Lebensmittel und Klebstoffe, aus Neubauten und Neubauten Werkzeuge und aus einem Keller in 2 Fällen Wein gestohlen haben. Die Diebstähle wurden vorwiegend in den Vorstädten ausgeführt. Ein großer Teil des Diebesgutes konnte wieder erlangt werden.

Chemnitz. Kommerzienrat Keineder gestorben. Im 71. Lebensjahre verstarb gestern nach kurzem Leiden der Geheim Kommerzienrat Dr. Ing. h. c. Johannes Keineder. Der Verstorbene, der zusammen mit seinem Bruder den Vorstand der J. E. Keineder Werkzeugmaschinenfabrik A.-G. bildete, gehörte zahlreichen wirtschaftlichen Organisationen in führender Stellung an. Vor einiger Zeit weilte er bei dem bekannten Besuch deutscher Industrieller mit diesen in Rußland. Die Firma Keineder war schon seit einigen Jahren in hervorragendem Maße an der Ausführung der bekannten Kustenaufträge beteiligt.

Hilfha. Tod eines Textilindustriellen. Hier starb nach kurzer Krankheit der Inhaber der Baumwollspinnerei Wilschberg A.-G., William Schulz. Der Verstorbene war Ehrenbürger der Stadt Jeschau.

Leisnig i. E. Ueberfall. Der Bürgermeister von Leisnig wurde im Hausflur seiner Wohnung von dem der KPD. angehörenden früheren Gemeindegewerkschafter

Ludwiger überfallen und an der Kehle gewürgt, wobei Ludwiger unter schweren Drohungen seine Widerstandsfähigkeit in den Dienst verlangte. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen betriffen hinzukommende Personen den Ueberfallenen aus seiner Lage. Ludwiger wurde von der Polizei festgenommen.

Miela. Auto-Zusammenstoß. Am Sonntag nachmittag stießen auf der Marktstraße der Verlonenstrafwagen des Materialwarenhändlers Koch aus Oberlesnig mit dem Mietauto des Besitzers Gläser zusammen. Zwei in diesem Wagen sitzende Damen erlitten bedeutende Verletzungen und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Zwei andere Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Waggen. Sühne für einen Ueberfall auf einen Arzt. Im Sommer d. J. hatte der Berlinwalder Kovatski den praktischen Arzt Dr. med. Beckmann in der Sprechstunde aufgesucht und im Sprechzimmer auf ihn geschossen. Dr. Beckmann war dabei verletzt worden. Kovatski ist jetzt vom Schöffengericht zu 2 Jahren und 1 Woche Gefängnis verurteilt worden.

St. Egidien. Der Wirtschaftstob. Die Strumpfweberei G. S. Wolf jr., die schon längere Zeit verfallen arbeitet, wird ihren Betrieb mit Ablauf dieses Jahres stilllegen. Von der Maßnahme werden etwa 150 Arbeiter und Angestellte betroffen.

Mühlberg. Die Zahl der Arbeitsuchenden, welche in den Listen der Mühlberger Meldestelle des Arbeitsamtes geführt werden, ist wamentlich mit Beendigung der Kampagne in der Guckertfabrik stark gestiegen und beträgt jetzt über 700.

Falkenberg. Von einer Lokomotive überfahren. Auf dem hiesigen Bahnhof ereignete sich Dienstag früh gegen 6 Uhr ein schwerer Unglücksfall. Der Weichenwärter Franz Stabroth begab sich um diese Zeit zum Dienst. Am südlichen Stellwerk des Bahnhofes, an der Strecke Falkenberg—Köthen—Dresden beim Ueberfahren der Gleise wurde Stabroth von einer Rangierlokomotive, deren Herannahen er anscheinend in der Dunkelheit und weil gerade ein Güterzug das Nebengleis passierte, nicht gesehen noch gehört hatte, überfahren und getötet. Die Leiche wurde schwer zerstückelt aufgefunden. Stabroth war verheiratet und hinterläßt die Witwe und fünf unmündige Kinder.

Auch die Landfrau braucht Mußestunden.

W. Wo immer von der Landwirtschaft die Rede ist, von ihren Sorgen und Nöten, da wird die Landfrau in der Regel — ganz vergessen. Und doch läuft gerade durch ihre Hände ein großer Teil des Kapitals und auf ihren Schultern lastet nicht minder Verantwortung und Arbeit als beim Bauern. Dieses Vergessenwerden der Landfrau liegt in der Art ihrer Tätigkeit. Sie arbeitet nicht vor den Augen anderer auf freiem Feld, sondern vorwiegend im Haus, im Stall, auf dem Hof oder im Garten. Ihre Arbeit ist unermüdbare Tätigkeit vom frühen Morgen bis in den späten Abend hinein ist vielfach so selbstverständlich geworden, daß man sich mit ihr kaum beschäftigt hat. Erst in den letzten Jahren ist das etwas anders geworden, seit nämlich Prof. Kunzinger, Hofenheim, sich mit dem Wesen des bäuerlichen Betriebes intensiv befaßte und durch Beobachtungen in Bauernwirtschaften selbst feststellte, daß eine Erhebung des Bauernums heute nur durch die fast übermenschlichen Anstrengungen und Einschränkungen der Landfrau möglich ist. 14 bis 16 Stunden arbeitet die Bauernfrau im Durchschnitt täglich, oft also das Doppelte unserer Stadtfrauen. Darin liegt eine große Gefahr für das Familienleben auf dem Lande, denn die Landfrau hat neben ihren Aufgaben als Produzentin auch die weit wichtigeren der Kindererziehung und -erhaltung. Es gibt keine viele Landfrauen — auch auf mittleren und größeren Betrieben — die Zeit haben, mit ihren Kindern Schularbeiten zu machen, geschweige denn mit ihnen zu spielen. Die Landfrau kann sich kaum mit ihren Kindern so beschäftigen, daß für Mutter und Kind ein Segen daraus entspringt.

Aus dieser Not, die besonders eine Not der Nachkriegsjahre ist, ist die Arbeitslehre im Landhaushalt geboren. Die Arbeitslehre im Landhaushalt hat die Aufgabe, die Frau frei zu machen für andere wichtige Aufgaben, d. h. die Arbeit so zu vereinfachen, daß die Landfrau Zeit findet für ihre Kinder und zur Erhaltung ihrer Gesundheit. Es ist ganz klar, daß die Bedeutung der Arbeitslehre der Weibzahl der Landfrauen nur durch ihre wirtschaftlichen Vorteile nahegebracht werden kann, also durch den Beweis, daß durch Schaffung günstiger Arbeitsbedingungen eine Entlastung der Hausfrau und ihrer Hilfskräfte erreicht werden kann. Günstige Arbeitsbedingungen werden z. B. erreicht durch zweckmäßigen Ausbau und Ausstattung der Räume, durch wohlüberlegte Aufstellung und Unterbringung der Einrichtungsgegenstände, praktische Bewaffnung dieser Einrichtungsgegenstände, Anschaffung zweckmäßiger Maschinen und Geräte, Stärkung und Erhaltung der Arbeitskraft und Arbeitskraft, Ausbildung und Einübung des Personals, planmäßige Arbeitsverteilung, Arbeitsvorbereitung, Arbeitsverfahren, Handgriffe, Körperhaltung, Arbeitstempo, Arbeitskleidung, -pausen, -rhythmus, Handgriffe und vieles andere mehr. Alles dies muß durch eine sachgemäße Hauswirtschaftsberatung eingeführt werden, die in anderen Staaten schon in großartiger Weise durchgeführt ist. Auf diesem Gebiete ist in Deutschland noch ungenügend viel zu leisten. Wenn auch in der Praxis, z. B. auf dem Gebiete der Arbeitsverfahren, noch ein ziemliches Durcheinander herrscht, so ist in den letzten Jahren in der Versuchsanstalt für Landarbeitshilfe Pommeritz doch so viel geleistet worden, daß es im Landhaushalt mit Vorbehalt durchgeführt werden kann. Die Arbeitslehre im Landhaushalt gehört zu den wirksamsten Mitteln der Bekämpfung der Landlosigkeit, denn die Ueberlastung der Landfrau ist eine der Hauptursachen der Abwanderung. Wir müssen mit der Zeit dahin kommen, daß auch die Landfrau am Tage Mußestunden erübrigt, in denen sie sich ihren Kindern und sich selbst widmen kann.

Fröbgs.

Wasserstände

	8. 12. 31	9. 12. 31
Waldau: Ransil	+ 76	+ 69
Wobran	+ 43	+ 48
Eger: Baum	+ 25	+ 12
Elbe: Rimbürg	+ 86	+ 43
Brandels	+ 83	+ 47
Melmit	+ 67	+ 72
Zeitmerg	+ 67	+ 63
Muffig	+ 100	+ 99
Dresden	- 79	- 58
Miela	- 28	+ 12

Seipziger Produktenbörse vom 8. Dezember. Weizen 73—77 kg 201—205; Roggen 73—74 kg 211—218; Weizen 77—78 kg 217—219; Roggen 78 kg 206—210; Sommergerste Braunware 172 bis 178; Futter- und Industrieernte 195—175; Wintergerste 160 bis 170; Hafer 145—155; Mais La Plata 158—190; Mais cinquantin 200—205; Wintererbsen 206—235; Weizenkleie 10—10,50; Roggenkleie 10,50—11; Weizenmehl 37,25—38,75; Roggenmehl 38—39.



Die Zeit verrinnt!

Drum bring' geschwind noch heut' das Weihnachtsernt! Wer ernten will, besetzt die Saat im Reifer Tageslicht. Das ist für den Geschäftsmann der fruchtbarste Boden, weil es in den lauffähigen Kreisen fast verstreut ist.

Gerichtssaal.

Der Glandiger Totschlagprozess.

Das Schwurgericht verhandelte am Dienstag gegen den 1906 in Glanditz bei Riesa geborenen und dort wohnhaften Metallarbeiter Kurt Selowitz...

Wegen Verleumdung der Ehrelichkeit fand die Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagten wegen versuchter Verleumdung zu zwei Monaten Gefängnis...

Wegen Jugenmord verurteilt. Am 14. März beschwor in einem Ehekreiß der Eheleute R. vor dem Amtsgericht Riesa der in Zeitzau-Sauer wohnhafte Arbeiter Waldemar Thiel...

Obes Gefängnisstrafe für kommunizistische Verleumdung. Der Arbeiter Erich Jelschky, einer der kommunizistischen Führer von Zeitzau, hat sich bereits des öfteren unliebsam bemerkbar gemacht...

Wegen Verleumdung der Ehrelichkeit fand die Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagten wegen versuchter Verleumdung zu zwei Monaten Gefängnis...

Disziplinärprozess Dr. Maier-Dr. Böhme. Im Dienststrafprozess Dr. Maier-Dr. Böhme fanden am Dienstag die Plaidoyers statt. Der Vertreter der Anklage, Ministerialdirektor Dr. Schreiber...

Der Verteidiger von Dr. Maier, Dr. Hille-Dresden, führte aus, im Ministerium des Innern habe nie ein Zweifel darüber bestanden, daß für die Anlagerechte das Ministerium des Innern, für die Sozialrechte das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium zuständig sei...

Drunten, in der Papageiengasse, mit ihren windhüpfen Häuschen, sang ein Puppenjammeler sein Lied: Lumpen im Knoche, altes Papier, Eisernes Beistell'n koste m'r hier!



Für uns, als Hauspersonal

hat das Riesaer Tageblatt schon deshalb großes Interesse, weil es uns immer rasch auf bezahlte Stellen vermittelt.

Verantwortung für die Kredite getragen. Die beiden Angeklagten brachten in ihren Schlussworten zum Ausdruck, daß sie sich stets tadellos geführt und ihre Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen getan hätten...

Sechs Mark unterzulegen und dafür sechs Monate ins Gefängnis.

Der 23 jährige frühere Volkstrauweantführer Schmidt in Schandau führte das Volkstrauweantführer Schmidt in Schandau führte das Volkstrauweantführer Schmidt in Schandau...

Das erste Sachverständigen-Gutachten im Calmette-Prozess.

Oba. 23 d. d. Die Diensttagverhandlung des Riesaer Calmette-Prozesses begann mit einem kurzen erhellenden Gedanken des Gerichts für den plötzlich aus dem Leben geschiedenen R. A. Dr. Böhme...

Deutsche Wertarbeit Ein Geschenk von bleibendem Wert Die elektrische SINGER SINGER NACHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT Fabrik in Wittenberge Bez. Potsdam Riesa, Schloßstr. 1

Rheinisch Blut 3. Fortsetzung. In derselben Zeit gab das Falbche dem Hannele den andächtigsten legten Abschiedskuß, worauf das Hannele dem Falbche den Kuß prompt zurückerstattete...

Das Schüttern eines Postfuhrwerks, der quälende Ton einer Drehorgel. "Fertig!" Werner warf das Modellierholz hin, war mit zwei Sprüngen droben auf dem aus leeren Risten errichteten Podium...

Die blonde Lisa nippte nur. "Da - so arg viel Geld!" "Das ist gar nicht so schlimm," erklärte Hoffl. "Sunädhn bezahle ich mal Riete und Kost für ein Jahr voraus..."

Table with 2 columns: numbers and corresponding values.

78-77-78 kg wassers 172 gewichte 190 wassers ein lein 10-76; Raga

Neuigkeiten vom Torgyn in Bild und Wort.



Erzbischof Dr. Friz von Freiburg †.
Im Alter von 67 Jahren ist der Erzbischof von Freiburg, Dr. Karl Friz, an einer Herzschwäche gestorben. Er war seit 1920 Erzbischof und Metropolit von Freiburg und Oberhirte der oberrheinischen Kirchenprovinz.



Zur Rundfunkrede Dr. Brünings,
bei der der Reichskanzler zu den Rotverordnungen Stellung nahm.



Beginn des Reiner-Prozesses.
Am 10. Dezember beginnt vor dem Großen Schwurgericht in Berlin-Moabit der Prozess gegen den Maurer Ernst Reiner, der den Berliner Geldbriefträger Schwan ermordet hatte und dann mit seinen Schwestern nach Italien geflüchtet war.



Zum neuen Ministerpräsidenten von Lettland
ist der Führer des Fortschrittlichen Verbandes, Marger Stujeneel, ernannt worden.

Bild daneben:
Nationalsozialistischer Landtagspräsident in Hessen.
Zum Präsidenten des neuwählten hessischen Landtages wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Werner Buchsch gewählt.



Die Republik Spanien verteilte ihren ersten Orden.
Der erste Orden der Republik Spanien wurde der berühmten spanischen Tänzerin La Argentina während ihres Auftretens in einem Madrider Theater vom Ministerpräsidenten Azana verliehen.



Wechsel des Generalsekretärs der Faschistischen Partei.
Der Generalsekretär der Faschistischen Partei, Sinziani, (links), ist von seinem Posten zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Stellvertretende Generalsekretär, Achille Starace (rechts), ernannt.



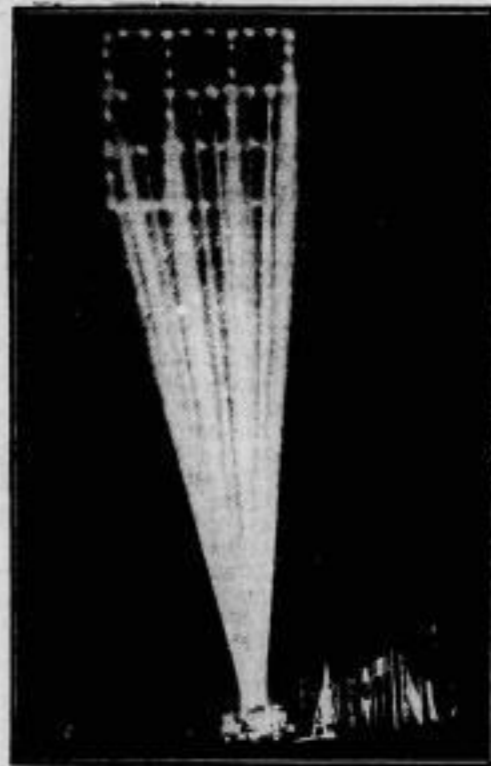
Eine Indianer-Häuptlings-Tochter in Berlin.
Die Indianer-Häuptlings-Tochter Gerita Redcall — „Hotes Kals“ — vom Stamme der Jerofofen weilt gegenwärtig in der Reichshauptstadt, um hier ihre Stiefvaterberufung, die Malerei, auszuüben.

Bild links unten.

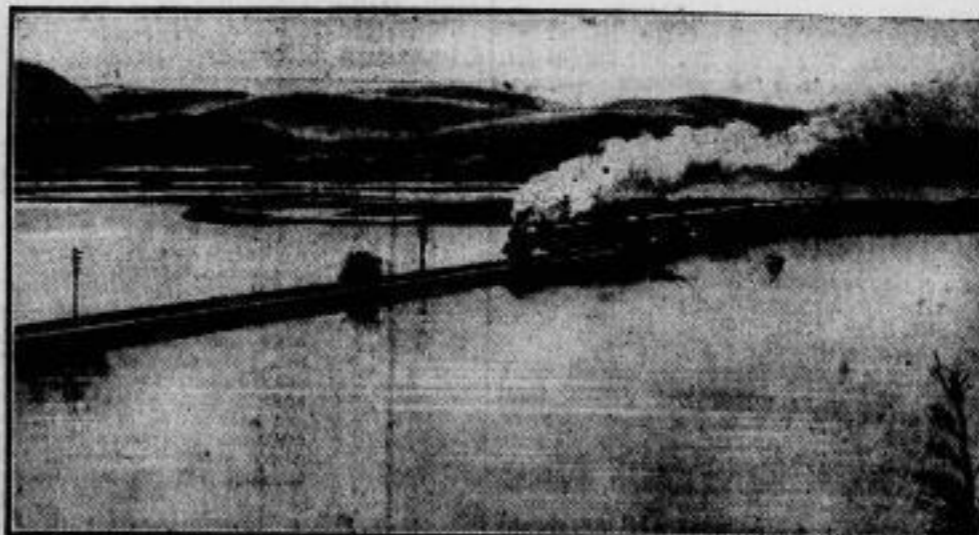
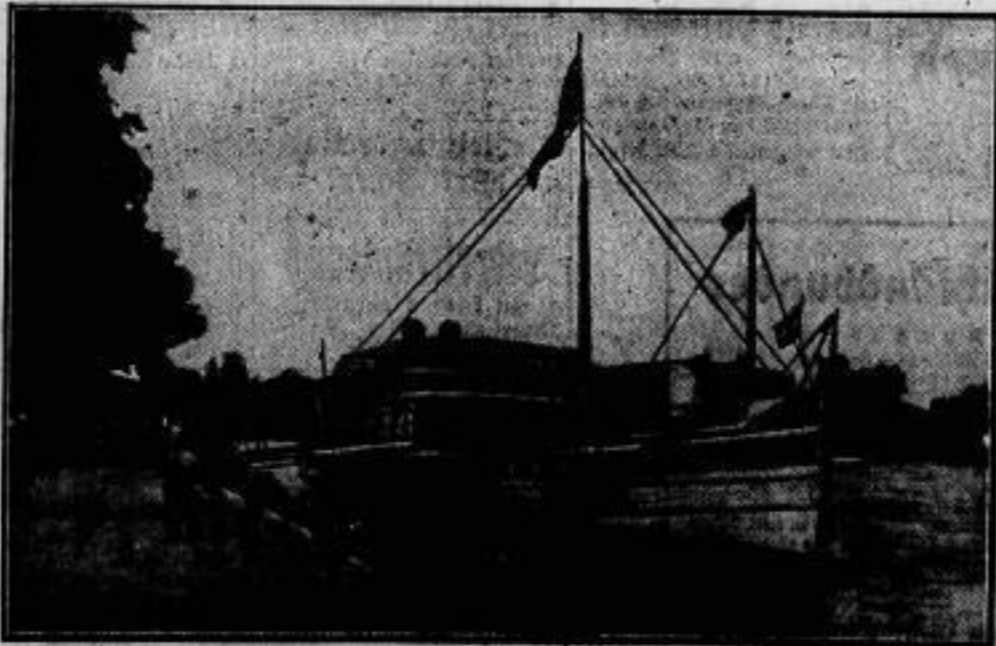
Ein schwimmendes Hotel auf dem Rhein.
Das erste schwimmende Rheinhôtel wurde in Ludwigshafen eröffnet. Es ist der außer Dienst gestellte Rheindampfer „Kurpfalz“, der früher zwischen Mannheim und Rotterdam verkehrte. Das 76 Meter lange Schiff bietet über 1000 Personen Platz, außerdem stehen 25 Betten für Uebernachtungen zur Verfügung.

Bild rechts unten.

Wasser — wohin das Auge blickt.
Infolge anhaltender Regenfälle ist der schottische Fluss Spey so stark über seine Ufer getreten, daß die Landschaft in eine riesige Wasserfläche verwandelt worden ist, aus der stellenweise nur noch der Bahndamm herausragt.



„Der Spinnennetzsucher“.
Im englischen Meer hat man erfolgreiche Versuche mit einem neuartigen Scheinwerfer gemacht, der zur Abwehr von Flugzeugangriffen bestimmt ist. Der Scheinwerfer sendet nicht mehr einen einzigen Kegel zum Nachthimmel empor, sondern ein aus 300 einzelnen Strahlen gebildetes Gewebe, das die Gestalt eines Spinnennetzes zeigt. Man rechnet damit, daß ein Flugzeug, das in dieses Lichtnetz geraten ist, nicht mehr daraus entkommen kann, da es bei jeder Wendung in das Licht eines neuen Strahles treten muß.



Turnen - Sport - Spiel - Wandern

Turnverein Niesas-Weida.

Zu dem Punktturnen der Dresdner Städtemannschaft in Niesas am vergangenen Sonntag sei auf Wunsch nachgefragt, daß an der Vorführung der anmutigen Volkstänze Turnerinnen des T.V. Niesas-Weida und nicht des Weidaer Turnvereins beteiligt waren, wie am Montag berichtet wurde.

Im den VRSB-Pokal.

Die letzte Runde in getrennten Gruppen.

Nachdem in den beiden Wiederholungsspielen am 6. Dezember sich VfB. Blauen durch Sieg über Teutonia Neudorf mit 5:4 und VfB. Glaucha (Sieg über Sturm Beierfeld 2:1) die weitere Teilnahme am Wettbewerb um den Fußballpokal des Verbandes Mitteldeutscher Fußball-Bezirke gesichert haben, treten am kommenden Sonntag die noch teilnahmeberechtigten 64 Mannschaften zu den 32 Spielen der dritten Pokalrunde an. Zum letzten Male finden die Spiele in getrennten Gruppen statt. Für die nächste Runde am 24. Januar werden die 32 Sieger des kommenden Sonntags in einer gemeinsamen Abteilung ausgelost. Die Spannung, wer sich die Berechtigung zu den Hauptkämpfen erkämpfen wird, ist dabei sehr groß. Ausfichten haben noch 23 Mannschaften aus dem Freistaat Sachsen (sechs aus Groß-Leipzig, fünf aus Ostsachsen, je drei aus Erzgebirge, Vogtland und Westsachsen, zwei aus Mittelsachsen und eine aus Oberlausitz), 23 aus der Provinz Sachsen einschließlich Anhalt (je fünf aus Mittel- und Saalegau, vier aus Muldengau, drei aus Altmark, je zwei aus Saale-Säcker und Anhalt und eine vom Eichsfeldgau) und 18 aus Thüringen (je vier aus Südthüringen und Nordthüringen, je drei aus Ost-, Ost- und Westthüringen, eine aus Ostland). Unter diesen Bewerbern befinden sich noch fünf Vertreter der Unterlassigen: Reichsbahn Erfurt, Wettin Burzen, Polizei-Sportverein Jülichau, Dresdenia und VfB. 03 Dresden. Die Auslosung für die erste Hauptrunde um den VRSB-Pokal erfolgt am 20. Dezember, 11 Uhr, öffentlich im Verbandshaus in Leipzig 6 3, Brandvorwerkstraße 70.

Fußball-Länderspiel Deutschland-Schweiz in Leipzig.

Auf Grund einer von Mitgliedern des DFB-Vorstandes am 6. Dezember vorgenommenen Platzbestimmung hat sich der Deutsche Fußball-Bund nunmehr endgültig entschieden, das am 6. März 1932 stattfindende Länderspiel gegen die Schweiz nach Leipzig zu legen. Auch die Wahl des Platzes - VfB. oder Wacker - wird sich in Kürze entscheiden. Damit steht Leipzig, die Gründungsstätte des Deutschen Fußball-Bundes, nach 20-jähriger Wartezeit endlich wieder einen Fußball-Länderspiel in seinen Mauern, an dem die Teilnahme aus dem ganzen Gebiete des Verbandes Mitteldeutscher Fußball-Bezirke dank der guten Verkehrsverbindungen mit Leipzig sicher nicht gering sein wird.

Hand- und Fußball in Gassen der Winterhilfe.
Vom Gau Ostsachsen werden am 20. Dezember zwei Fußballspiele im Handball und Fußball veranstaltet, deren Einnahmen der Winterhilfe zuzuführen werden. In beiden Spielarten sollen die Mannschaften der Dresdner Wiktadt und der Dresdner Reiktadt gegenüberstehen.

Größere Weihnachtsanzeigen

für die man besondere Wünsche in bezug auf Satzherstellung hat, bringe man so zeitig in die Geschäftsstelle des „Rieser Tageblattes“, daß

am Tage vorher

der Setzer damit beschäftigt werden kann. Für später eingehende Anzeigen kann eine Gewähr für das pünktliche Erscheinen am gewünschten Tage nicht gegeben werden.

Regelport.

Das Verbot des Reglerverbandes Niesas am 6. 12. 31 auf den Bahnen des Reglerheims „Dats zum Stern“ hat sich zu einem sportlichen Erlebnis gestaltet, wie es sich der Verbandsverband und der Sportauschuss bei der Festlegung des Planes nicht gedacht haben. Wenn dabei noch zu berücksichtigen ist, daß verschiedene ungünstige Momente vorlagen, wie das zu löbte Benachrichtigen der Klubs, die Benutzung der Tagespreise in zu geringem Maße, die Behinderung von Reglern durch das Weihnachtsgeschäft u. a., so hätten die zwei Bahnen für die Durchführung an einem Tage bestimmt nicht ausgereicht. Von vormittags 9 Uhr bis nach Mitternacht rollten die Kugeln und die gemeldeten 18 Mannschaften kämpften um die vom Verband gestifteten Banner-scheifen.

Den ersten Sieg feierte die Mannschaft des Damen-Reglerklubs Nollenbes Old-Jahrbahn-Lager in der Besetzung Schilde, Golbs, Dennerdorf, Müller und Schüle mit 858 Hols vor den Sonnenkindern Weithahn-Lager mit 840 Hols sicher. Wenn auch das Ergebnis nicht wie in den Klubabenden ausgefallen ist, so ist doch zu begrüßen, daß sich Reglerinnen unseres Bezirkes erstmalig in die Öffentlichkeit gewagt haben. Das Kampfsieber und die Verbortität fallen dann von allein weg.

Von den Nichtverbandklubs Karisten ließen Dreiermannschaften, wovon sich die Mannschaft Gasse I (Gasse G., Lindemann, Vetter) mit 1566 Hols und die Mannschaft des Klubs Gemütsstätt-Badergehlen mit 1498 (Kamte G., Kamte R., Teichgräber) platzieren konnten. Im geschlagenen Felde folgten die Mannschaften Gasse II 1452, Alle Reune I 1345, Freundschaft 1324, Alle Reune II 1322 und Gasse III 1248 Hols.

Bei den Verbands-Dreiermannschaften, die auf den Bahnen zu Hause sind, wurden scharfe Kämpfe geliefert. Kampfbahn I (Reind, Große, Wische) mit 1610 und Golschinder (Fischer, Langsch, Werner) mit 1575 Hols konnten als Sieger hervorgehen. Nicht platziert waren Wibe Wibe mit 1569, Wibe Wibe 1539, Kampfbahn II 1450 und Blühugel 1418 Hols.

Drei Verbands-Fünfermannschaften machten das Rennen unter sich aus, hier konnte Man an de Rampe (Gehner, Ströten, Müller, Seeburg, Walthor) mit 1291 Hols die Mannschaften von Ders 1182 und Fortuna 1170 hinter sich lassen.

Die Schwärze des Tages erzielten bei 100 Kugeln: Langsch und Wische 558, Beder 547, Gasse G. 539, Wilm 536, Reind 529, Große 526, Werner 527, Hindemann und Kamte R. 526; bei 50 Kugeln: Wische 296, Helbig und Langsch 285, Beder 279, Walthor 278 und bei 10 Kugeln: Helbig 67, Beder 66 und Reglerin Dennerdorf 56. Verstim und Walthor konnten drei Runden hintereinander meriten, während Gasse R. 9-9-6-9-9 hinlegte.

Die Spiele Mannschaft gegen Mannschaft zeigen einen noch größeren Reiz als der Kampf der Einzelregler unter sich, dies drückte sich auch in dem Aushalten der zahlreichen Zuschauer bis nach Mitternacht aus. Das Verbot des Reglerheims darf als gelungen bezeichnet werden, dem Verband Niesas entsteht daraus die Pflicht, den Regelport weiter zu fördern und im kommenden Jahre ähnliche Veranstaltungen in die Wege zu leiten.

Amfliches

Der auf den 10. Dezember 1931 anberaumte Versteigerungstermin des Platz 171 Rüdriß, Größ. Ant., eintrauen auf den Namen des Malermeisters Curt Wulstmann in Rüdriß, ist aufgehoben worden. Amtsgericht Niesas, den 9. Dezember 1931.

Schwarzer Hund (Bakard) eingefangen. Binnen 3 Tagen abzuholen, andernfalls über ihn verfügt werden wird.

Der Rat der Stadt Niesas - Fundamt - am 9. Dezember 1931.

An die am 10. d. M. fällig werdende Umsatztsteuer-Vorauszahlung der Monatsabier für den Monat November 1931, sowie an die am 15. d. M. fällig werdende Gewerbesteuer für den 3. Termin 1931 wird erinnert. Zahlungen haben möglichst durch Bankeinzahlungen zu erfolgen. Für Vorkinzahlungen liegen Zahlartenordrücke bei den Gemeindebehörden bereit. Um falsche Buchungen zu vermeiden, müssen bei Ueberweisungen und Vorkinzahlungen die Steuerart, das Steuerjahr und die Steuernummer genau angegeben werden. Falls Zahlung der Umsatztsteuer bis 17. d. M. der Gewerbesteuer bis 15. d. M. nicht erfolgt ist, werden die Rückstände nebst Verzugszuschlägen (5 v. H. für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefallenen halben Monat) von den Schuldnern auf deren Kosten durch Vorkinzahlung eingezogen. Eine weitere Mahnung, insbesondere Einzel-mahnung, erfolgt nicht mehr. Niesas, den 9. Dezember 1931. Das Finanzamt.

Freibank Heyda.

Donnerstag, den 10. Dezember, vorm. 9 Uhr Hind-Reichverkauf, Hund 40 Wfa.

Breub. Staatsoberförkerei Saura (Zorgau) Land.

Stammholzverkauf am Montag, 21. Dez., in Saura (Bakhof Sieke) von 8.30 Uhr ab: Förkerei Saura: Schlag 16 und 34: 84 im Al. 24/5; Sammelb. Jag. 7, 12, 26, 29, 32: 24 im Al. 1b/3a; Jag. 15: 1 Fi., u. 1 Rd. Stamm. Förkerei Eichenrode: Schlag 42: 206 im Al. 1b/5; Sammelb. Jag. 37, 40, 42, 60: 70 im Al. 14/4a.

Vertädigung vorbehalten. Bestellung v. Kaufmahliten bis 12. Dez. erbeten.

Preisabbau-Bettfedern billiger

Nur weiße, neue, daunenweiche, handgeschickene, reine und gutfüllende Sorten: Wb. Nr. 3.30, 4.50, 5.50 u. 6.50. - Aufpedern, weiße Nr. 3.00. 1/2-Daunen, füllfertig 5.00. Edel 1/2-Daunen 6.00. Muster gratis. Versand garantiert genau nach Muster. - Nichtpassend, nehme auf meine Kosten zurück.

G. Belák, Bettfedernexport Oberlausendorf, Böhmen.

2 Tauben entflohen. Gegen Belohnung abzugeben. Wepziger Str. 16. 2 Stk. geb. Klaiderschrank gut erhalten. Weg. Platzmangel billig zu bez. Rosenplatz 1, 2. recht.



Was sonst noch fehlt an Mobilar, wünscht sich für's Heim das junge Paar!

Besuchen Sie bitte die große Möbelschau von **Louis Haubold** Riesa, Pausitzer Straße 20.

Möbelabgabelegenheit von Leipzig morgen Donnerstag; Abgabelegenheit nach Dresden am Sonntag, 12. Dezember 1931.

P. Fritz Rühle Möbeltransport - - Bahnhofstraße 23

Weihnachtswunsch.

Zwei tolle Frauenblumen, mittlerer 30er Jahre, ohne Anhang, wünschen die Bekanntheit zweier solid. ank. Herren gleich. Alters, evtl. bis 45 Jahre, zwecks spätr. Witwer od. Kriegsbef. nicht ausgeschlossen. Nur ernstgem. Off. erb. u. K 1624 a. Tabl. Niesas.

Zagl. frische Beefeische.

Diese Woche billig. Clemens Bürger.

Gesucht

aum baldigen Bezug eine Oler- bis fünf-Stimmer-wohnung in guter, ruhiger Lage. Zentralheizung bevorzugt. Bad voraussetzung. Angeb. mit Preis unter L. F. postlag. Landach, Oberlesfen, bis 20. 12. 31

2000 Mark

als 1. Hypoth. für 1. Jan. auf schuldenfr. Grundstück gesucht. Off. unt. L 1625 an das Tageblatt Niesas.

Blätter des Deutschlandbundes

Monatlich zwei Ausgaben Bezug durch die Post oder aus d. H. Monatlicher Bezugspreis 0,30 RM., jährlich Postzuschlag 3 RM. Postkarte. Auf Wunsch bestmögliche Preisermäßigung.

Der Deutschlandbund ist keine Partei und kein Verein, sondern eine freie Gewerkschaftsorganisation, die sich ausschließlich der Förderung der Interessen der Arbeiterklasse widmet. Er hat die Aufgabe, in gemeinsamen deutschen Angelegenheiten den Kampf zu führen, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten und die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zu fördern. Der Deutschlandbund ist für alle deutschen Arbeiter, die sich für die Interessen der Arbeiterklasse einsetzen, geöffnet. Er ist ein freies, unabhängiges und kulturell hochentwickeltes deutsches Arbeiterbewusstsein.

Deutscher Deutschlandbund, Berlin W 9, Luststraße 38

MENDE 98 SYSTEM GONTHOR

wird Ihnen jeder Fachmann empfehlen, wenn Sie für ein hochwertiges und betriebssicheres Dreiröhren-Gerät nicht mehr als ca. RM. 100 anlegen möchten. MENDE 98 ist ein mehr als 5000-fach erprobte Schaltung, keine komplizierte Apparatur, leicht bedienbar und so genau, daß Sie eine große Anzahl der europäischen Sender (autark und Langwelle) aufschreiben können. MENDE 98 ist ein an großem Erfolg wiederholte erfolgreiche Ergebnisse teilnehmend. (siehe auch in den Zeitschriften "Radio" und "Telefunken").



DAZU EIN ABGESTIMMTER MENDE-LAUTSPRECHER L 45 RM. 45.-

MENDE-RADIO, verborgene QUALITÄT, ARBEIT

MENDE 98 RM. 98.-

ZU HABEN NUR IN FACHGESCHÄFTEN

Einiges Bettengemmer

bestehend aus Bäder-schrank (180 cm breit) u. Dipl.-Schreibtisch für 200 RM. zu verkaufen. Su. erf. im Tagebl. Niesas.

Binder, schwarz, Rude

losmachen u. gut. Gebraucht, verkauft billig in gute Hände Otto Schmidt, Rosenplatz 9, Telef. 320.

Die Zeitungswerbung

wirkt sicher!

Gebrauchte gut erhaltene

Bedertreibriemen

zu kaufen gesucht. Angebote unter K 1626 an das Tageblatt Niesas.

Zugreifen!

In Anhalter Kammergarn blau für den guten Hanaa per Meter RM. 13.50. Garantie: Rücknahme. Verlangen Sie Muster. Walter Neuf, Glauchau, Rönnerstr.

Zahnmerza

auch der sofort weg durch „Gita“, 75 Wfa. Zu haben bei Felleur Niesas, Goldbie Hauptstraße 61.

ANZEIGEN

Die heutige Nummer umfasst 13 Seiten.